Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 204. Montag, den 1. September 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Lasten der Sozialreform.

Die Vermutung, daß die 111 Sozialdemokraten im Reichstage den Schneckengang der Sozialreform in ein etwas flotteres Tempo bringen könnten, läßt das Unternehmertum nicht zur Ruhe kommen. Seit Monaten hat die Scharfmacherpresse Weisung erhalten, nicht nur lauter als jemals vorher nach Zuchthausgesetzen, nach Beseitigung des Koalitionsrechts zu schreien, sondern gleichfalls auch unter Anführung möglichst großer Zahlen auseinanderzusetzen, daß die deutsche Industrie unfehlbar unter schweren Lasten zusammenbrechen müßte, wenn die Versicherungsgesetzgebung auch nur um ein Geringes noch erweitert würde. Es fehlt bei solchen Darlegungen, die man mit Vorliebe in ein wissenschaftliches Gewand zu kleiden sucht, nicht der Hinweis darauf, daß die Sozialreform im ganzen schon um deswillen eine verfehlte Sache sei, weil der Arbeiter allen ihren Segnungen doch keinen Dank wisse, sondern sozialdemokratisch bliebe. Nun klingt ja im ersten Augenblick nichts erschütternder als wenn man den undankbaren Proleten zu Gemüte führt, daß die Kosten der Arbeiterversicherung sich allein in den ersten 25 Jahren ihres Bestehens auf mehr als elf Milliarden Mark belaufen haben.

Die genannte Zahl stimmt; in der Tat sind für die drei Versicherungsarten, die bis dahin bestanden, genau gerechnet 11 646 252 800 Mark eingenommen worden. Sehr gern übt man den Kniff, die Sache so darzustellen als ob diese schier unausdenkbare Summe dem Arbeiter völlig auf Kosten des Unternehmertums in den Schoß geworfen worden wäre. Davon ist nun gar keine Rede, denn noch nicht die Hälfte der 11½ Milliarden, genau 5246 Millionen, stammt aus Beiträgen der Unternehmer. Eine nicht viel geringere Summe, nämlich 4636 Millionen Mark, haben die Versicherten aufgebracht, sind also Arbeitergroschen, während 640 Millionen als Zuschuß des Reiches und 1120 Millionen als Zinsen und sonstige Einnahmen zu buchen sind.

Nun bleiben auch bei dieser Teilung immer noch Summen, mit denen ihrer Größe halber nichts rechtes anzufangen ist. Will man in Wirklichkeit wissen, wie es um die Lasten steht, durch die das Unternehmertum angeblich schier erdrückt wird, so muß man sich schon mit den Beträgen begnügen, die im Laufe eines Jahres für die Arbeiterversicherung aufgebracht werden. Die letzte zugängliche Statistik umfaßt das Jahr 1910; die Gesamtsumme der in diesem Jahre allein von Arbeitgebern für Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung insgesamt aufgebrachten Beiträge macht 428 430 000 Mark aus, immer noch ein sehr respektabler Teil der 957 191 000 Mark, die insgesamt für die drei Versicherungszweige eingenommen worden sind.

Wie verteilt sich aber die Summe? Das erfahren wir, wenn wir die Zahl der Versicherten heranziehen. Der Krankenversicherung, einschließlich der Knappschaftskassen, waren 1910 unterstellt 13 954 973 Personen. Der Unternehmerbeitrag zur Krankenversicherung stellte sich 1910 auf 129 430 000 Mk., das macht auf den einzelnen Versicherten berechnet, 9,34 Mark aus. Der Unfallversicherung waren in dem erwähnten Jahre 24 154 000 Personen unterstellt; die Unternehmer haben die Kosten dieser Versicherung bekanntlich allein zu tragen und brachten hierfür 199 920 300 Mark auf. Auf den einzelnen Versicherten kommen also 8,28 Mark. Für die Invalidenversicherung endlich, der 15 659 700 Personen unterstellt waren, brachten die Unternehmer 98 677 000 Mark auf, was auf den einzelnen Versicherten 6,30 Mark ausmacht. Im ganzen hat jeder versicherte Arbeiter also, auf den Durchschnitt berechnet, 25,92 Mark an Unternehmergroschen gekostet. Das Jahr wird zu 300 Arbeitstagen berechnet; auf den einzelnen Tag im Jahre 1910 entfielen also an Unternehmerbeiträgen für Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung zusammengenommen noch nicht 9 Pfg.; genau berechnet 8,64 Pfg. Das sind rund 2 Prozent des Arbeitslohnes, den ein erwachsener männlicher Arbeiter erhält, das ist ein Betrag, der an Wert etwa der Gabe gleich kommt, die ein anständiger Mensch dem Armen reicht, den die Not zum Betteln zwingt. Und für diese paar Pfennige soll der Arbeiter nach dem Willen mancher Unternehmer und ihrer beamteten Wortführer seine Ueberzeugung, seinen Glauben an eine bessere Zukunft, kurz seine sozialdemokratische Gesinnung opfern und nationalliberales oder konservatives Stimmvieh werden. Würde der Begriff des Schamgefühls im Wörterbuch gewisser Schreibsöldlinge überhaupt noch Platz finden, so müßten sie rot werden ob der Dreistigkeit, mit der sie auf die Dummheit des Philisters spekulierend das Geschwätz von den Lasten der Sozialreform in die Welt setzen.

Politische Rundschau

Deutschland.

Die Nationalliberalen und der reaktionäre Dreibund.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ ist ungehalten darüber, daß der Mittelstandsverband, der Zentralverband deutscher Industrieller und der Bund der Landwirte ein Bündnis geschlossen haben, ohne bei den Nationalliberalen anzufragen, ob sie mitmachen wollen. Das parteioffiziöse Blatt meint: „Das aufgestellte Programm: Schutz der nationalen Arbeit, Sicherung angemessener Preise, Aufrechterhaltung der Autorität in landwirtschaftlichen Betrieben, Schutz der Arbeitswilligen, Bekämpfung der Sozialdemokratie und sozialistischer Irrlehren sei ein Programm, das mit einiger Vernunft aufgelegt und verwirklicht, zweifellos weit über die Kreise der drei Kontrahenten hinaus Beifall finde. Aber gerade die Tatsache, daß man alle die anderen ausgeschlossen habe, ohne die die angegebenen Ziele gar nicht erreicht werden könnten, errege begründeten Verdacht, daß die Parteipolitik mit im Spiele sei.“

Das heißt also, daß die Nationalliberalen, die sich hier als ausgeschlossen fühlen, gern mitgemacht hätten in der Bekämpfung der Sozialdemokratie, im Arbeitswilligenschutz und in der Vertretung des Grundsatzes vom „Herrn im Hause“, wenn man sie nur zu dem Bunde eingeladen hätte. Alles, was daher in der „Nationalliberalen Korrespondenz“ jetzt gegen den neuen Dreibund gesagt wird, kann nur auf Aerger über den Anschluß zurückgeführt werden. Es ist wirklich kein Unterschied mehr zwischen der offiziellen Politik der nationalliberalen Partei und den Altnationalliberalen Fuhrmannscher Observanz!

Konzessionierung der Buchmacher.

Der Kampf der Polizei gegen die Buchmacher hat das gewünschte Resultat nicht erzielt, die Buchmacher üben ihr Gewerbe nach wie vor aus. Nun gedenkt man, sie ganz offiziell zu konzessionieren und ihnen dafür eine Steuer von sechs Prozent ihres Gesamtumsatzes aufzuerlegen. Dieser Vorschlag ist dem Reichstag bereits vor einigen Monaten von kundiger Seite gemacht worden. Die Umsätze der Buchmacher belaufen sich in die Millionen, so daß diese Steuer, für welche die bürgerlichen Parteien bestimmt eine Mehrheit aufbringen werden, einen nicht unerheblichen Betrag liefern kann.

Gegen die polizeiliche Konfiskationswut.

Die Polizei in Deutschland kann alles, warum soll sie nicht auch als Zensor der Kunst auftreten können? Zwar blamiert man damit Deutschland vor der ganzen Kulturwelt, aber es kann nicht Sache der nur streng amtlich fühlenden Polizei sein, auf derartige Kleinigkeiten Rücksicht zu nehmen. Die neueste Leistung der Polizei, Postkarten zu konfiszieren, weil die auf ihnen enthaltenen Reproduktionen künstlerischer Meisterwerke gegen die Sittlichkeit verstoßen sollten, hat nun endlich auch die interessierte Industrie auf die Beine gebracht. In Berlin fand dieser Tage eine Besprechung von Vertretern des deutschen Kunstverlags statt, die sich mit der Zensorentätigkeit der Polizei befaßte und die zu dem Entschluß kam, den Hansabund zu ersuchen, die rechtlichen und wirtschaftlichen Unterlagen des Vorgehens der Behörden einer genauen Prüfung zu unterziehen und geeignete Schritte zu unternehmen, damit die fortdauernde Belästigung und Beunruhigung der Postkartenindustrie aufhört.

Entweihung des Sonntags.

Die Tatsache, daß die Reichstagsersatzwahl im bayrischen Wahlkreise Landshut an einem Sonntag stattfindet, entlockt dem „Reichsboten“ folgenden Stoßseufzer:

„Eine einzige Sonntagswahl ist aus den neunziger Jahren bekannt, eine Nachwahl im Elsaß, die aber keineswegs die erhoffte stärkere Wahlbeteiligung brachte. Und selbst, wenn dieses Ziel auch jetzt in Landshut erreicht werden wollte, so kann dies doch nichts an der Tatsache ändern, daß es eine Entweihung des Sonntags ist, wenn an ihm Reichstagswahlen mit all ihren heute fast unvermeidlich erscheinenden unliebsamen Begleiterscheinungen vorgenommen werden. Wir hoffen, daß der Landshuter Fall vereinzelt bleiben wird.“

Wir hoffen das Gegenteil, denn kein Tag kann mehr zur Ausübung des vornehmsten Staatsbürgerrechts geeignet sein, als der Sonntag, an dem alle Arbeit ruht. Unseres Wissens finden die Kirchenwahlen auch Sonntags statt und es geht dabei vielfach recht wenig heiligmäßig zu, ohne daß der „Reichsbote“ und andere Pfaffenblätter jemals darin eine Entheiligung des Sonntags erblickt hätten.

Ein Gerichtshof für Wahlprüfungen.

Ueber die Stellung der Regierung zu der Frage, ob die Wahlprüfungen des Reichstags eventuell einem Gerichtshof übertragen werden soll, wird halboffiziös mitgeteilt:

„Reichsregierung und Bundesrat haben zwar bisher keinen Anlaß gehabt, zur Frage der Wahlprüfungen des Reichstags durch einen Gerichtshof Stellung zu nehmen; aber man darf trotzdem mit Sicherheit annehmen, daß sie einem etwaigen Beschluß des Reichstags auf Schaffung eines Wahlprüfungsgerichtshofes die Zustimmung nicht versagen würden. Diese Annahme ist herzuleiten aus der Stellungnahme der Regierung beim Verfassungsgesetz für Elsaß-Lothringen. Freilich würde für Schaffung eines Wahlprüfungsgerichtshofes für den Reichstag eine Aenderung der Verfassung nötig sein, weil in ihr die Legitimationsprüfung seiner Mitglieder dem Reichstag vorbehalten ist.“

Und auf diese Verfassungsänderung wird der Reichstag nach seinen wiederholten Bekundungen in dieser Frage nicht eingehen.

Mißlungener Kuhhandel.

Die vereinigten Antisemiten, Konservativen und Agrarier haben den Versuch gemacht, für die bevorstehende Reichstagsersatzwahl in Dresden-Neustadt ein Kompromiß aller bürgerlichen Parteien zustande zu bringen. An den vertraulichen Verhandlungen hat auch die fortschrittliche Volkspartei teilgenommen. Es war beabsichtigt, den Staatsminister a. D. Freiherrn v. Berlepsch als gemeinsamen Kandidaten in Vorschlag zu bringen. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt; und nun rückten die Konservativen mit dem Ansinnen heraus, den von den Konservativen in Aussicht genommenen Kandidaten Dr. Hartmann als Kompromiß-Kandidaten zu akzeptieren. Als sich auch dafür keine Mehrheit fand, schlug man den Hofrat Behrens vor, der schon einmal für die nationalliberale Partei zum Landtage kandidiert hatte. Als auch dieser Vorschlag keine Mehrheit fand, und überdies die Fortschrittler erklärt hatten, daß sie an ihrem Kandidaten Klöppel festhalten werden, ging die Konferenz resultatlos auseinander. Für den Fortschrittler erklärten die Antisemiten und Konservativen nicht stimmen zu können, weil er ihnen erstens zu weit links stehe und zweitens den Standpunkt vertreten hat, daß im Falle einer Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und Konservativen die Fortschrittler für den Sozialdemokraten eintreten müßten. Die rechtsstehenden Kuhhändler werden sich deshalb entschließen müssen, mit eigenen Kandidaten auf dem Plan zu erscheinen.

Eine boshafte Gratulation.

Hinter dem Bericht über den Zapfenstreich in Breslau gedenkt die „Nordd. Allg. Ztg.“ des 70. Geburtstags des bayerischen Ministerpräsidenten Freiherrn v. Hertling. Zwei Sätze sind es, die daran interessieren; der erste lautet:

„Für die große Aufgabe, die ihm zufiel, brachte er zwar nicht die Vorbildung einer regelmäßigen Beamtenlaufbahn mit, wohl aber allgemein anerkannte hohe staatsmännische Fähigkeiten, die er vielfach bei wichtigen Anlässen auch in den Dienst des Reiches gestellt hatte.“

Die regierende Bureaukratie kann es offenbar nicht verwinden, daß einer in eine hohe Stellung eintrat, ohne vorher auch nur einen Tag im höheren staatlichen Polizeidienst tätig gewesen zu sein, und sie hält es für angebracht, ihm diesen Mangel just an seinem 70. Geburtstage unter die Nase reiben zu sollen. Mit der nachfolgenden Erwähnung der „hohen staatsmännischen Fähigkeiten“, soll offenbar der vorangegangene Nasenstüber nur etwas verdeckt werden. Die zweite Bosheit liegt in folgendem Satz:

„Als bayerischer Ministerpräsident hat er sich die sorgfältige und vertrauensvolle Pflege der bundesfreundlichen Beziehungen im Reiche besonders angelegen sein lassen. Der glänzende Anteil, den Bayern an den Jahrhundertfeiern genommen hat, legte noch jüngst hierfür beredtes Zeugnis ab.“

Dem preußischen offiziösen Organ kann es natürlich nicht unbekannt sein, wie sich die bayerische Regierung damit blamiert hat, daß sie in der „Bayerischen Staatszeitung“ die nach russischem Muster vorgenommenen Absperrungen bei der Fürstenfeier in Kelheim mit dem Argument begründete: die deutschen Fürsten hätten vor den feigen Mörderhänden behütet werden müssen! Diese Attentatsfurcht mit ihrem ganzen Drum und Dran — die „Münchener Post“ hat es in vier prächtigen Artikeln geschildert — hat mindestens nicht dazu beigetragen, das Ansehen der bayerischen Regierung zu

erhöhen. Und ausgerechnet auf dieses Vorkommnis nimmt die „Nordd. Allg. Ztg.“ Bezug, wenn sie von dem jüngst gelieferten beredten Zeugnis spricht. Die Zentrumspresse wird mit einem nassen und mit einem heiteren Auge über diesen boshaften Glückwunsch quittieren.

Reichstagsersatzwahl.

Bei der gestrigen Reichstags-Ersatzwahl im Wahlkreise Landshut wurden bisher gezählt für den Zentrumskandidaten Frhrn. v. Aretin 6250 Stimmen, für den Kandidaten der Bauernbündler und Liberalen Eisenmenger 3000 und für den sozialdemokratischen Kandidaten Raith 1570 Stimmen.

Besteuerung der Zündholz-Ersatzmittel.

Die Zündholzfabrikanten haben sich wiederholt, sowohl an den Reichstag wie an den Bundesrat mit dem Ersuchen gewendet, eine Steuer auf die Zündholzersatzmittel, die automatischen Feuerzeuge, einzuführen. Sie behaupten, daß der Rückgang des Verbrauchs an Streichhölzern nicht nur auf die Steuer allein, sondern auch darauf zurückzuführen sei, daß die Industrie massenhaft automatische Feuerzeuge in den Handel gebracht habe. In der Begründung führen sie aus, daß es nicht einzusehen sei, daß Feuerzeuge, die denselben Zwecken dienen sollen, wie Zündhölzer, steuerfrei bleiben, während Zündhölzer einer fühlbaren Steuer unterliegen. Das Reichsschatzamt hat sich bisher ablehnend verhalten. Darin scheint aber nunmehr ein Umschwung eintreten zu wollen, denn es wird in einer offiziösen Notiz insbesondere auf Frankreich hingewiesen, das bereits eine Besteuerung dieser Ersatzfeuerzeuge eingeführt hat, und es wird betont, daß die dort gesammelten praktischen Erfahrungen vielleicht der Einführung dieser Steuer in Deutschland die Wege ebnen werden.

Tirpitz nicht amtsmüde.

Dieser Tage ging das Gerücht durch die Presse, Tirpitz habe zu Vertrauenspersonen die Absicht geäußert, demnächst in den Ruhestand zu treten. Der „Lokal-Anzeiger“ dementiert dieses Gerücht. Er sagt:

„Herr von Tirpitz weilt gegenwärtig noch auf Urlaub in St. Blasien. Nach allen von dort vorliegenden Nachrichten erfreut er sich der besten Gesundheit und größten Frische, und nichts deutet darauf hin, was die ihm untergeschobenen Rücktrittsabsichten wahrscheinlich machen könnte.“

Die Folgen der Leuchtmittelsteuer.

Der Verein zur Wahrung gemeinsamer Wirtschaftsinteressen der deutschen Elektrotechnik und die Vereinigung von Glühstrumpffabrikanten haben eine Eingabe an den Reichstag und an den Bundesrat gerichtet, in welcher sie die Aufhebung der Leuchtmittelsteuer fordern. Zur Begründung dessen wird geschrieben:

Die beiden Verbände haben sich gezwungen gesehen, den Antrag auf Aufhebung der Leuchtmittelsteuer zu stellen, weil die Leuchtmittelsteuer der Ausfuhr deutscher Leuchtmittel die allerschwersten Schäden zufügt, die nur durch Aufhebung der Steuer beseitigt werden können. Kanada und die Vereinigten Staaten von Amerika sind seit einiger Zeit dazu übergegangen, in den Marktwert der deutschen Leuchtmittel, welcher der Wertverzollung bei der Einfuhr zugrunde zu legen ist, die deutsche Leuchtmittelsteuer einzurechnen. Dies bedeutet eine Erhöhung der Zollbelastung der deutschen Leuchtmittel gegenüber der Zollbelastung nichtdeutscher Leuchtmittel um 30 bis 50 Prozent des Nettoverkaufspreises, also eine völlige Unterbindung der Ausfuhr von Leuchtmitteln, welche Wertzöllen unterliegen, nach Kanada und den Vereinigten Staaten. Der Wert dieser verloren gegangenen Ausfuhr ist auf mindestens fünf Millionen Mark pro Jahr zu schätzen. Die Bemühungen der deutschen Reichsregierung bei den Regierungen Kanadas und der Vereinigten Staaten, eine Änderung dieses Zollverfahrens herbeizuführen, sind bisher ergebnislos geblieben. Das gleiche Zollverfahren wie diese beiden Länder können aber noch eine ganze Reihe anderer wichtiger Absatzgebiete anwenden, welche Leuchtmittel nach dem Werte verzollen. Infolgedessen ist gar nicht abzusehen, welche weiteren Wunden die Leuchtmittelsteuer der deutschen Leuchtmittelindustrie, die bei weitem den größten Teil ihrer Produktion im Auslande absetzt, schlagen wird. Ob demgegenüber die gegenwärtigen Einnahmen aus der Leuchtmittelsteuer in der Höhe von 15 Millionen Mark — geschätzt wurden sie seinerzeit von der Reichsregierung auf 23 Millionen Mark — ein ausreichendes Äquivalent darstellen, erscheint mehr als fraglich. Die Leuchtmittelsteuer zwingt die deutsche Leuchtmittelindustrie geradezu zur Auswanderung nach dem Ausland, wenn sie auf wertvolle Auslandsmärkte nicht verzichten will. Die der deutschen Volkswirtschaft dadurch verloren gehenden Kräfte sind entschieden höher zu bewerten als die jährlichen Einnahmen aus der Leuchtmittelsteuer, zumal diese zu einem erheblichen Teil von den Reichs- und Staatsverwaltungen aus der eigenen Tasche bezahlt wird. Es wäre dringend wünschenswert, daß der deutsche Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt sich eingehender mit diesen handelspolitischen Wirkungen der deutschen Leuchtmittelsteuer befaßte, mit beruhigenden Erklärungen vom Regierungstische aus kann sich die Leuchtmittelindustrie nicht mehr abfinden lassen, es stehen für sie zu große Interessen auf dem Spiel.“

Daß die Dinge sich ungefähr so entwickeln würden, ist vor Schaffung der Steuer vorausgesagt worden. Aber die Steuer-Hyänen setzen sich über volkswirtschaftliche Bedenken leicht hinweg. Und hat der Fiskus erst einmal eine Steuer in den Klauen, dann ist es unendlich schwer, sie ihm wieder zu entreißen.

Balkan.

Zur Lage. Die offizielle Einleitung direkter Verhandlungen zwischen Bulgarien und der Türkei bedeutet den endgültigen Verzicht Bulgariens auf Adrianopel. Die Hilfe der Großmächte, um die man in Bulgarien nach dem militärischen Zusammenbruch immer wieder gefleht hatte, ist ausgeblieben und Bulgarien muß nun auch den Platz aufgeben, um dessentwillen es den zweiten Krieg mit der Türkei begonnen hat.

Das Reuterische Bureau erfährt, die in Wien verbreitete Nachricht, daß die Mächte zu einem grundsätzlichen Einverständnis über einen finanziellen Boykott türkischen Anleihen vermittelst ihrer Ausschließung vom Börsenhandel gelangt wären, entbehre jeder Begründung. Es wäre zwar ein Vorschlag in diesem Sinne von Rußland gemacht worden, aber noch keine Entscheidung darüber getroffen. Man betont, daß England an einem solchen Schritt nicht aktiv würde mitwirken können, weil die Regierung keine Kontrolle über die Zulassung von Werten an die Fondsbörse besitze.

Die Besprechungen zwischen Griechenland und der Türkei, die auf den Abschluß eines endgültigen Friedens abzielen, werden beschleunigt. Ein Einvernehmen zwischen den beiden Staaten erscheint als sicher. Der Vertrag wird in einigen Tagen durch den Minister des Auswärtigen unterzeichnet werden. Die Pforte hat den griechischen Schiffen die Durchfahrt durch die Meerengen unter der Bedingung gestattet, daß sie vorher ihre Flagge einziehen. Die griechischen Reeder betrachten diese Bedingung als nach einem siegreichen Kriege demütigend. Sie werden heute zusammentreten, um einen endgültigen Entschluß zu fassen.

China.

Vergiftungsversuch an Juanschikai. Nach einer Meldung des Daily Telegraph aus Tokio wurde an Juanschikai ein Vergiftungsversuch unternommen. Fanatische Anhänger der Südpartei hatten sich Zutritt zum Palast verschafft und den Speisen für den Präsidenten Arsenik beigemischt. Nur den höchsten Anstrengungen der Aerzte sei es gelungen, das Leben Juanschikais zu retten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 1. September.

Mit den Anträgen zum Parteitage wird sich die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins beschäftigen, die morgen, Dienstag abend, im Gewerkschaftshause stattfindet. Genossinnen und Genossen, erscheint zahlreich!

Die Gedächtnisfeier für August Bebel und Ferdinand Lassalle, die gestern abend im Gewerkschaftshause stattfand, hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Der große Saal, der im hellsten Lichterglanze erstrahlte, vermochte die Menge kaum zu fassen. Auf der Bühne war eine mit einem Lorbeerkranz geschmückte Büste Lassalles und ein von schwarzem Flor umrahmtes Bild August Bebels plaziert worden. Die Kapelle der Zivilberufsmusiker verschönte den Abend mit einem guten Konzertprogramm. Die Musiker hatten sich sehr viel Mühe gegeben und wurden für ihr Darbietungen mit reichem Beifall belohnt. Der bekannte vortreffliche Rezitator Herr Emil Blöß erfreute die Erschienenen mit dem „Goldgräber“ von Bartels und der Turmszene aus Schillers „Räubern“, die groß und durchaus künstlerisch wirkten und allseitige Zustimmung fanden, sodaß Herr Blöß sich noch zu einer Zugabe entschließen mußte. Nachdem der Chorverein im zweiten Teile Pfeils „Ein Sohn des Volkes“ unter der Leitung seines Dirigenten Herrn Sulanke zum Vortrag gebracht hatte, hielt Genosse Bromme die Gedächtnisrede. Er führte u. a. aus: Als die Partei diese Feier beschloß, um den 49. Todestag Lassalles festlich zu begehen, ahnte niemand, daß es eine doppelte Trauerfeier werden würde, glaubte keiner daran, daß der Größte aus der Internationale so schnell von uns scheiden, daß die Lassallefeier gleichzeitig eine Bebelfeier werden würde. Und so haben wir uns heute hier zusammengefunden, um gemeinsam dem Schmerz Ausdruck zu geben über den herben Verlust, den die Arbeiterbewegung erlitten hat. Wir haben in dem letzten Jahrzehnt oftmals an der Bahre hervorragender Führer gestanden. Liebknecht, Schönlank, Auer, Singer sind gewiß auch tief und aufrichtig betrauert worden. Aber keiner dieser Verluste hat die Arbeiterbewegung so tief ergriffen wie August Bebels Tod. Daß der Verlust Bebels uns so schwer getroffen, hat seine Ursache darin, daß er der Volkstümlichste unter den Genannten war. Die Parteigenossen haben Bebel in so großer Zahl von Angesicht zu Angesicht gesehen, haben in so großer Zahl seinen begeisternden, hinreißenden und belehrenden Worten gelauscht, wie keinem vorher. Auch die vor ihm Verstorbenen haben Großes, Unvergängliches für die Partei geleistet. Aber Bebel wurde deshalb populärer als sie, weil er von unten kam, weil er den gleichen Kreisen entstammte wie die zur Trauer Versammelten. Was Bismarck den Junkern und dem Bürgertum war, das ist Bebel im reineren Sinne dem gesamten Proletariat gewesen. Er genoß die höchste Achtung bei Freund und Feind, wenn auch hiesige Blätter dem großen Toten einen Fußtritt zu versetzen suchten. Die ernsten und angesehensten Zeitungen des In- und Auslandes haben trotz aller Gegnerschaft den großen Toten bewundert. Alle Eigenschaften, die den Menschen über seine Umgebung hinausheben, fanden wir bei Bebel in höchster Potenz vereinigt. Redner zog dann Vergleiche zwischen Bebel und Lassalle. Letzterer ist der Lehrmeister August Bebels gewesen. Beide wollten die in Not, Unterdrückung und Knechtschaft Lebenden zu den Höhen der Kultur emporheben. Sie haben so Großes geleistet, wie es ihnen so leicht keiner nachmachen kann. Ihre Erfolge stehen einzig da. Aus einer kleinen Schar von Anhängern ist eine Massenbewegung, aus einer Sekte die größte Partei der Welt geworden. Tausende von unseren Vertretern sitzen in den Parlamenten und Gemeindevertretungen. Und Bebel hatte an seinem Lebensabend die Genugtuung, das von ihm mitgeschaffene Werk so fest gefügt zu sehen, daß kein Sturm und Wetter es jemals wieder vernichten könnte. Bromme schilderte dann den Zauber, der von der Person Bebels ausging, und wies darauf hin, daß er im Alter alle Schmerzen des Lebens erdulden mußte. Die Schicksalsschläge und die Krankheit schienen ihn zu Boden drücken zu wollen, und doch wollte er mit eisernem Willen für unsere Sache weiterleben. Nun sei nur noch ein Häuflein Asche von ihm übrig. Das Proletariat habe seinen besten Führer und Freund verloren. Aber es wäre nicht im Sinne von Bebel gehandelt, wenn wir wehklagen wollten. So wie Bebel und Lassalle sich niemals unterkriegen ließen, dürfen auch wir uns nicht unterkriegen lassen. Auf sie treffen die Worte, die der Dichter Karl Henkell Bebel gewidmet, am besten zu:

Wir denken Deiner, kühner Volkstribun,
Nicht um beim Kränzewinden auszuruh'n,
Nicht um Dein Ich anbetend zu vergöttern,
Und Deinen Ruhm ins Schmeichelhorn zu schmettern,
Nicht faul zu feiern und als müß'ger Troß,
Wir denken kämpfend Deiner, Kampfgenoß!

Stürmischer Beifall lohnte dem Redner für seine Ausführungen. Und nach ihm sang der Chorverein das wuchtige „Lied Foleson“ von Uthmann, das gewissermaßen den Nachruf für die großen Toten ausklingen ließ:

Und das ist das Herrlichste, Schönste auf der Welt,
Das Banner kann sieh'n, wenn der Mann auch fällt!

Ihm folgte „Das heilige Feuer“ von demselben Komponisten, das ebenfalls vorzüglich zur Wirkung kam, wie überhaupt Freude und Stolz uns erfüllen, wenn wir die wackere Sängerschar des Chorvereins zu hören Gelegenheit haben. Auch sie erzielten den lebhaftesten Beifall. Um Mitternacht wurde die aufs beste verlaufene Feier mit den Klängen des Sozialistenmarsches geschlossen.

Verkehrsverbesserungen auf den Strecken Lübeck-Lüneburg und Kiel-Lübeck-Berlin werden den Bezirkseisenbahnrat in Altona am 13. September beschäftigen. Der Präses der Lübecker Handelskammer, Konsul Dimpker, beantragt nach dem „H. C.“ die Einlegung eines neuen Eilzugpaares auf der Strecke Lübeck-Lüneburg und begründet dies wie folgt: Die seit einer langen Reihe von Jahren vom Vertreter der Handelskammer zu Lübeck mehrfach beigebrachten Wünsche eines Schnell- oder Eilzugverkehres an der Strecke Lübeck-Lüneburg (Hannover) sind bisher von der Königlichen Eisenbahndirektion Altona immer wieder zugunsten anderer, als noch dringlicher bezeichneter Verkehrswünsche zurückgestellt worden. In allen Lübecker Handels- und Verkehrskreisen hat man diese Stellungnahme lebhaft bedauern müssen. Angesichts der Tatsache, daß Lübecks Eisenbahnfernverkehr beim Gütertransport in der Hauptsache auf dem Handelsaustausch zwischen den skandinavischen Ländern und dem deutschen Westen beruht, ist man in Lübeck der festen Ueberzeugung, daß diesem Warenaustausch schon heute ein reger Reiseverkehr entsprechen muß, der aus den der Königlichen Eisenbahndirektion Altona verschiedentlich dargelegten Gründen durch die früher angestellten amtlichen statistischen Ermittelungen dieses Verkehrs nicht entfernt erfaßt werden kann. Man ist ferner in den genannten Kreisen der Ansicht, daß eine gesunde Weiterentwickelung jenes Verkehrs in der Hauptsache nur durch die wiederholt dargelegten völlig unzureichenden Verkehrsverhältnisse auf jener am meisten benachteiligten Eisenbahnstrecke Lübecks, d. h. durch die geringen Fahrgeschwindigkeiten, die zahlreichen zeitraubenden Aufenthalte und die dadurch bedingte ungünstige Fahrplanlage hintan gehalten wird. Die wiederholten, auf sorgfältige vergleichende Gegenüberstellungen gestützten Darlegungen dieser Uebelstände, die inzwischen auch in einer vom lübeckischen Senat der Königlichen Eisenbahndirektion Altona übermittelten Denkschrift vom Juli 1912 eine eingehende Behandlung erfahren haben, überheben den Unterzeichneten einer nochmaligen Schilderung dieser Verhältnisse umsomehr, als bereits in der Bezirkseisenbahnratssitzung vom 19. März 1910 jene Wünsche laut Niederschrift über jene Sitzung vom Bezirkseisenbahnrat selbst als „ausreichend begründet“ einstimmig anerkannt worden sind. Auch die Tatsache, daß die Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft, welche die einschlägigen Verhältnisse am ehesten zu übersehen in der Lage sein dürfte, sich bereits mehrfach zur Uebernahme der erforderlichen Mehraufwendungen auf der 49,4 Km. langen Strecke Lübeck-Büchen einverstanden erklärt hat, beweist nach Ansicht der Lübecker Handelskreise, daß ein dringendes Bedürfnis zu einer durchgreifenden Verbesserung der bestehenden Verhältnisse besteht, der sich auch die preußische Eisenbahnverwaltung für die nur 29,8 Km. lange preußische Reststrecke Büchen-Lüneburg nicht länger entziehen sollte. Zur Verbesserung des Verkehrs zwischen Lübeck und Lüneburg waren zu der im November 1911 abgehaltenen Europäischen Fahrplankonferenz in Triest von der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft folgende Anträge gestellt worden: 1. Die Einlegung eines Eilzuges im Anschluß an den Zug 77 Lüneburg ab 10.36, Lauenburg 10.53—54, Büchen 11.06—07, Mölln 11.27—28, Ratzeburg 11.38—39, Lübeck an 12.00. 2. Als Gegenzug a) falls D 80 etwas später gelegt werden kann, einen Eilzug Lübeck ab 7.47, Ratzeburg 8.09—11, Mölln 8.21—22, Büchen 8.41—42, Lauenburg 8.54—55 abends, Lüneburg an 9.11 abends. Die Lage dieses Fahrplans ist durch die Rücksicht auf den Anschluß an den wichtigen Zug D 8 von Kopenhagen in Lübeck und durch die Kreuzung mit dem Zuge 252 in Blankenese bedingt, auf dessen etwa 2 Minuten spätere Lage wegen Verschiebung von D 9 bereits Rücksicht genommen ist; b) falls D 80 nicht verlegt werden kann, einen Eilzug zum Anschluß an D 83 und D 74 Lübeck ab 11.38, Ratzeburg 12.00—01, Mölln 12.11—12, Büchen 12.31—32, Lauenburg 12.44—45, Lüneburg an 1.01. Im Falle 2 a) würden wir Zug E 245 um einige Minuten früher in Büchen anbringen, während er im Falle 2 b) unter Verwandlung in einen auf allen Stationen haltenden Lokalzug etwa um 11.28 von uns in Büchen angebracht werden würde. 3. Unter der Voraussetzung des Zustandekommens des unter 1. genannten Eilzuges die Verlegung des Zuges 246 in folgendem Fahrplan: Lüneburg ab 11.46, Lauenburg, Büchen 12.30—56, Mölln 1.18—19, Ratzeburg 1.29—30, Lübeck an 1.56 mit Halt auf allen Zwischenstationen. Die Durchführung dieser Anträge zu 1 und 2a würde von der Handelskammer zu Lübeck deswegen besonders begrüßt werden, weil auf diese Weise eine brauchbare Morgenverbindung von Hannover nach Lübeck mit einer korrespondierenden Abendverbindung in umgekehrter Richtung unter Gewährung ausreichender Aufenthaltszeiten in Lübeck ermöglicht werden würde in Uebereinstimmung mit dem über die Erbauung der Elbbrücke bei Lauenburg im Jahre 1876 abgeschlossenen Vertrage, in welchem die drei vertragschließenden Eisenbahnverwaltungen ausdrücklich den Grundsatz aufgestellt hatten, „daß tunlichst unter Wegfall der Lokalzüge nur durchgehende Züge eingerichtet und allseitig die Anschlüsse gewahrt werden“. Eine den ländlichen Verkehrsanforderungen des Herzogtums Lauenburg entsprechende Regelung der lokalen Verkehrsbedürfnisse würde hierbei unüberwindlichen Schwierigkeiten nicht begegnen. Der Bezirks-Eisenbahnrat wird gebeten: für den Sommerfahrplan 1914 eine Verbesserung des Verkehrs Lübeck-Lüneburg (Hannover) durch Einlegung eines Eilzugpaares zu befürworten.

Einem weiteren Antrag des Konsuls Dimpker-Lübeck auf Errichtung einer Abendschnellzugverbindung Kiel-Lübeck-Berlin und zurück ist folgende Begründung beigefügt. Von den Vertretern der Handelskammern Kiel und Flensburg im Bezirkseisenbahnrat zu Altona, den Herren Konsul Sartori und Kommerzienrat Kallsen, ist anläßlich der am 21. September 1912 abgehaltenen Sitzung des Bezirkseisenbahnrates, der in einer geheimen Eingabe jener Handelskammern sowie der Landwirtschaftskammer zu Lübeck vertretene Wunsch zum Antrag erhoben worden, eine neue Abendschnellzugverbindung Kiel-Lübeck-Berlin und zurück: Kiel ab etwa 5.42, Berlin an etwa 10.50, Berlin ab etwa 8.20, Kiel an etwa 1.28 unter entsprechender Berücksichtigung eines Anschlusses von Flensburg vorzusehen. Dieser Wunsch ist seinerzeit vor allem mit einem Hinweis auf die dadurch erreichbare Verkürzung des Reiseweges (z. B. ab Kiel um 55 Km., ab Lübeck gegenüber dem Hamburger Wege um 61,4 Km.), auf die dadurch bedingte Ermäßigung der Reisedauer (je bis zu einer Stunde) und der Reisekosten sowie endlich durch den Hinweis auf die hierdurch herbeizuführenden vorzüglichen Anschlüsse an die Berliner Nachtzüge nach bezw. von Dresden, Danzig, Königsberg, Moskau, St. Petersburg begründet worden. Lediglich die Rücksichtnahme auf die besonderen Leistungen, die der Sommerfahrplan 1913 für die Verbesserung der Verbindungen Kiel-Lübeck gebracht hat, haben nach den in der Bezirkseisenbahnratssitzung vom 14. März 1913 gemachten Mitteilungen die Königliche Eisenbahndirektion Altona davon abgehalten, auch noch die Kosten für jene neuen Abendverbindungen zu übernehmen. Dieser Grund trifft für das neue Fahrplanjahr 1914/15 nicht mehr

zu. Die Dringlichkeit jener von den genannten amtlichen Interessenvertretungen angeregten Wünsche kann nunmehr kaum mehr verneint werden. Der Bezirkseisenbahnrat wird gebeten: Die Einführung einer guten Abendschnellzugverbindung Kiel-Lübeck-Berlin und zurück, mit entsprechender Berücksichtigung eines Anschlusses von Flensburg, für den Fahrplan 1914/15 zu befürworten.

Die Regelung kommunaler Arbeiten. Für den kommenden Winter ist, wie von unserer Seite schon oft ausgeführt wurde, eine Arbeitslosigkeit zu erwarten, wie sie seit langen Jahren nicht vorhanden gewesen ist. Das sollte die Städte veranlassen, rechtzeitig Mittel und Wege zu suchen, um die drohende Not nach Möglichkeit zu lindern. Eine solche Linderung wird vor allem erreicht durch eine richtige Verteilung der öffentlichen Arbeiten. So wichtig die Arbeitslosenversicherung, die Notstandsarbeiten und dergleichen auch sind, so ist doch eine planmäßige Verteilung der öffentlichen Arbeiten von noch größerer Bedeutung, weil eine derartige rationelle Regelung jene Notbehelfe mehr oder minder unnötig macht. Wenn die Arbeitslosigkeit auch im kommenden Winter besonders groß wird, so tritt sie doch in kleinerem Umfange regelmäßig im Winter ein. Das sollte die Städte veranlassen, ihre Arbeiten, soweit möglich, im Winter ausführen zu lassen. Auch sollten die Städte öffentliche Arbeiten, soweit es sich ermöglichen läßt, nicht zu Zeiten der Hochkonjunktur ausführen lassen. Statt in Zeiten der Hochkonjunktur mit Ueberstunden arbeiten zu lassen, sollte man die Arbeiten, wenn möglich bei niedergehender Konjunktur ausführen und so die Arbeitslosigkeit lindern. Es gibt viele öffentliche Arbeiten, bei denen eine derartige Regelung möglich ist. In einer Reihe von Städten, nämlich in Braunschweig, Kassel, Danzig, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Erfurt, Frankfurt a.M., Hannover, Karlsruhe, Königsberg, Leipzig, Mannheim, München, Plauen, Posen, Saarbrücken, Schöneberg, Straßburg, Stettin, Wiesbaden, bemüht man sich auch bereits, die wirtschaftlich stillere Zeit für öffentliche Arbeiten zu berücksichtigen. Der Erfolg ist hierbei auch nicht ausgeblieben. Noch größer würde der Erfolg sich gestalten, wenn die Regelung der öffentlichen Arbeiten noch planmäßiger vorgenommen würde. Man steckt auch in dieser Beziehung noch in den Anfängen. Um einen vollen Erfolg zu erzielen, müßten auch Staat und Reich in ähnlicher Weise vorgehen. Reich, Staat und Gemeinde geben in Deutschland alljährlich für 5 bis 6 Milliarden Mark Arbeit in Auftrag, eine Summe, die noch steigen wird. Daß eine planmäßige Regelung einer solch reichen Masse von Arbeit einer Arbeitslosigkeit in weitem Umfange vorbeugen kann, ist unzweifelhaft. Und hierbei haben die Gemeinden ihr gut Teil mitzuwirken.

In Vertretung. Für die Dauer der Abwesenheit des Senators Dr. Neumann hat Senator Dr. Lienau die Geschäfte des Polizeiherrn und den Vorsitz im Stadt- und Landamte übernommen.

Von der „Romantik" des Seemannslebens. Die „Schiffahrt", das Organ der Seeleute, berichtet aus Lübeck: Der Heizer Ziegling wurde am 26. Juli d. J. als Unbefahrener auf dem Dampfer der Lübeck-Rigaer Dampfschifffahrts-Gesellschaft angemustert. Am Sonntag, dem 27. Juli d. J., morgens 7½ Uhr, ging Z. mit dem Heizer Wagner auf Wache. Z. mußte im Bunker Kohlen trimmen. Nach einiger Zeit rief W. den Z. mehrere Male. W. erhielt aber keine Antwort, worauf er sich in den Bunker begab und den Z. besinnungslos liegen fand. W. brachte Z. zunächst in den Heizraum, von da nach dem Maschinenraum. Vom Maschinenraum wurde Z. um 11¼ Uhr an Deck gebracht. Um 11½ Uhr war Z., nach Ansicht des Kapitäns, tot. Am Abend desselben Tages stellte sich heraus, daß an Bord sich ein Arzt als Passagier befand. Derselbe konstatierte dann den Tod und bemerkte, die Leiche sei schon in Verwesung übergegangen. Die Leiche wurde dann am Montag, dem 28. Juli, morgens 5¾ Uhr, über Bord gesetzt, trotzdem man um 9 Uhr abends im Hafen von Riga einlaufen mußte und auch einlief. Die Durchschnittsreise von Lübeck—Riga beträgt zirka 46 Stunden. — Auf dem Dampfer „Zar" (Hanseatische Dampfschiffahrts-Gesellschaft) soll die Beköstigung eine miserable sein. Auf der Reise von Lübeck nach Kronstadt haben die Mannschaften kein frisches Fleisch erhalten. In Kronstadt wurde den Heizern auf ihre Beschwerden erklärt, daß auch in Kronstadt (zirka 60 000 Einwohner) kein frisches Fleisch zu haben sei. Die Stewardeß sagte, sie gäbe gern 10 Rubel aus, aber es sei kein frisches Fleisch zu haben. Drei Heizern ist dann anläßlich der Beschwerde, wie der Kapitän selbst sagte, gekündigt worden. Was sagt die Reederei zu diesen Vorkommnissen?

Wie werden sich die Schiffahrtsverhältnisse für die Zukunft gestalten? Über dieses Thema sprach in einer Versammlung der Lübecker Seeleute, wie die „Schiffahrt" berichtet, Genosse Reichstagsabgeordneter Theodor Schwartz. Wir geben aus seinen interessanten Ausführungen folgendes wieder: Der Referent gab zunächst einen Überblick über die Entwicklung der Schiffahrt seit dem Jahre 1871. So hatten wir 1871 4519 Schiffe mit einem Rauminhalt von insgesamt 982 355 Reg.-T. netto oder im Durchschnitt pro Schiff 217,38 Reg.-T. netto und einer Besatzungsstärke von insgesamt 39 475 Mann, oder pro Schiff im Durchschnitt 8,74 Mann. Segelschiffe hatte das Deutsche Reich 1871: 4372 mit einem Gesamtrauminhalt von 900 361 Reg.-Tons netto oder im Durchschnitt pro Schiff 205,95 Reg.-T. netto und 34 729 Mann Besatzung, oder im Durchschnitt pro Schiff 7,95 Mann, während 1871 nur 147 Dampfschiffe mit einem Raumgehalt von insgesamt 81 994 Reg.-T. oder pro Dampfer 557,77 Reg.-T. und eine Besatzstärke von insgesamt 4736 Mann oder pro Dampfer 32,21 Mann vorhanden waren. Der Redner schilderte dann eingehend die Entwickelungsgeschichte der Schiffahrt bis 1912, wo der Stand der Seeschiffahrt im Ostseegebiet 366 Segelschiffe mit 13 633 Reg.-T. und 959 Mann Besatzung aufwies, also seit 1871 weniger 1640 Schiffe mit 425 456 Reg.-Tons sowie 16 357 Mann Besatzung. Die Dampfschiffe stiegen in derselben Zeit um 474 mit 287 587 Reg.-T. und um 6498 Mann Besatzung. In dem Nordseegebiete war in der Zeit von 1871 bis 1912 eine Verminderung der Segelschiffe um 331 mit 63 156 Reg.-T. und 5228 Mann Besatzung und eine Steigerung der Zahl der Dampfschiffe um 1388 mit 2 144 085 Reg.-Tons und 49 736 Mann Besatzung. Mit der Veränderung der Schiffahrt hat sich auch die Arbeitsleistung der Mannschaften zuungunsten derselben gestaltet. Die Arbeitsleistungen gestalteten sich folgendermaßen: 1871: 24,88 Reg.-Tons, 1896: 32,94 Reg.-Tons, 1901: 38,40 Reg.-T., 1912: 40,25 Reg.-T. netto pro Schiffsmann und 1912: 62,71 Reg.-T. brutto. Die Arbeitsleistung pro Mann ist also von 1871 bis 1912 um 15,37 Reg.-Tons netto gestiegen. In längeren Ausführungen verbreitete sich der Referent dann noch über den Entwicklungsgang der Dampfer und Segelschiffe und legte die Entstehungsgeschichte der Seeleichter, Fischdampfer und Heringslogger klar. Indem Redner dann noch die wirtschaftliche und soziale Lage der Schiffsmannschaft von früher und jetzt beleuchtete, legte er den Anwesenden die nationalen und internationalen Aufgaben, die sich der Seemannsverband gegeben, klar, und forderte zum Anschluß und Ausbau der Seemannsorganisation auf. In der Diskussion wurde dem Referenten Anerkennung gezollt.

Gewerbesteuer. Der erste Teilbetrag der Gewerbesteuer für 1913/14 ist in der Zeit vom 1. bis 15. September ds. Js. bei Vermeidung des gesetzlichen Steuerzuschlages zu entrichten.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem mit Möbeln beladenen Fuhrwerk ereignete sich gestern vormittag an der Ecke der König- und Johannisstraße. Das von Hamburg kommende Fuhrwerk fuhr die obere Johannisstraße hinunter, während von der Königstraße ein Wagen der Linie 13 kam. Jedenfalls hatte der Kutscher des Fuhrwerks auf der abschüssigen Straße das Herannahen des Straßenbahnwagens nicht bemerkt. Das Fuhrwerk wurde von dem Straßenbahnwagen derart angefahren, daß es nebst den Mobilien nach dem Trottoir hin umkippte. Der Besitzer der Sachen, Schlachter Jürgens, erlitt bei dem Sturz nicht unerhebliche Gesichtsverletzungen; die Pferde kamen unversehrt davon. Einige Mobilien wurden ebenfalls mehr oder weniger stark beschädigt. Die eingeleitete Untersuchung wird ergeben, wen die Schuld an dem Unfall trifft.

pb. **Wo ist der Ball?** Vor dem Hause Am Brinck 8 ist in den letzten Tagen ein neuer englischer Fußball abhanden gekommen und vermutlich von dort den Fußballsport ausübenden Schülern versehentlich mitgenommen worden. Personen, die über den Verbleib des Balles Angaben zu machen vermögen, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

pb. **Festgenommen** wurden: Ein Melker aus Auleben, der sich der Beamtenbeleidigung, ein Milchjunge und ein dänischer Seemann, die sich des Diebstahl schuldig gemacht haben.

pb. **Schadenfeuer.** Am Sonntag, dem 31. August, nachmittags gegen 2½ Uhr, entstand in einer Möbellackiererei in der Lachswehr-Allee ein Schadenfeuer, das leicht einen größeren Umfang hätte annehmen können, wenn es nicht durch das tatkräftige Eingreifen des Kutschers, Herrn Knaack, bei der Firma Boldt, mittelst Verwendung von Handlöschapparaten niedergehalten worden wäre. Das Feuer, welches allem Anschein nach durch Selbstentzündung entstanden ist, konnte nach dem Eintreffen der Feuerwehr bald gänzlich gelöscht werden.

Lübecker Sommertheater. Man schreibt uns: Auch am Sonntag hatte der neue Operettenkomiker im „Filmzauber" wieder bei vollem Haus einen stürmischen Erfolg, so daß wir auf seine Leistung am Mittwoch in „Puppchen" gespannt sein dürfen. Auf das Benefiz Frau Marianne Heydeckers sei nochmals aufmerksam gemacht. Die Wahl des Stückes „Liebelei" von Arthur Schnitzler ist eine ganz vorzügliche. Zum Schluß wird noch die wertvolle Novität von Gerhard Hauptmann „Gabriel Schillings Flucht" und das Lustspiel „Eheferien" von Mettershausen vorbereitet.

Säuglingsfürsorgestelle III. Die nächste Sprechstunde findet am Dienstag von 2 bis 3½ Uhr nachmittags Langer Lohberg 6—8 statt.

Stockelsdorf. Der Gewerkschaftsausflug nach Schwartau fand gestern unter zahlreicher Beteiligung statt. Vom Marktplatz aus ging es mit Musik über Rensefeld nach dem Festlokal „Zum Kronprinzen". Hier brachte die Fackenburger Liedertafel zunächst ein Kampfeslied zu Gehör, worauf Genosse Stelling die Festrede hielt. Seine Ausführungen klangen aus in der Mahnung, dem Vorkämpfer August Bebel nachzueifern. Nach weiteren Gesangsvorträgen belustigten sich die Festteilnehmer auf die verschiedenste Art und Weise. Abends 9 Uhr erfolgte der Rückmarsch. Ein Ball im Lokale des Herrn Dose beschloß die gut verlaufene Feier. — Am gleichen Tage beging auch hier der Militärverein die Sedanfeier. Trotzdem recht viel Sums gemacht worden war und man für den Kirchgang extra eine Musikkapelle engagiert hatte, fanden sich doch nur 35 Zivilisten und 1 Behelmter hinter der Musik ein. Und das sollte eine Demonstration gegen die Sozialdemokratie sein. Wer lacht da?

h. **Rensefeld.** Für Rentenempfänger. Nach Mitteilung der Regierung ist der Bauervogt mitverpflichtet, die Quittungen zu unterschreiben. Wer abgewiesen wird, hat dieses dem Gemeindevorstand zu berichtigen.

h. **Rensefeld.** Gemeinderatssitzung. Vorgelegt wurde die Jahresrechnung von 1912. Die Bilanz weist in der Gemeindekasse eine Einnahme von 11 139,89 Mk. und Ausgabe von 14 110,45 Mk. auf, mithin ein Minus von 2970,56 Mk.; in der Schulkasse eine Einnahme von 40 216,74 Mark und Ausgabe von 46 895,89 Mark. Das Minus beträgt also 6479,15 Mk. Dieses Defizit wird durch den noch restierenden Teil der nach Paragraph 83 des neuen Schulgesetzes vom Staat zu leistenden Beihilfe von 3000 Mark etwas behoben. Die Armenkasse zeigt mit einer Einnahme von 10 983,15 Mk. und Ausgabe von 9689,70 Mk. ein Plus von 1293,45 Mk. Die Gemeindeschuld beträgt zurzeit 63 000 Mk. Die Einfriedigung an der chaussierten Wegestrecke vor Kl.-Parin soll in Gemeinderegie hergestellt werden. Als Vertrauensmann zur Auswahl von Schöffen und Geschworenen wurde der Genosse A. Grabbert gewählt. Der Ankauf des Organisteigrundstücks wurde vertagt. Auf Eingabe vom Gemeinderat teilt die Regierung mit, daß nach der Reichsversicherungsordnung sämtliche Gemeindebeamte und deren Hilfsorgane, soweit sie mit der Führung des Stempels betraut sind, an der Durchführung dieser Einrichtung mitzuarbeiten haben. Von unseren Genossen wurde der Antrag gestellt, auf die nächste Tagesordnung zu setzen: Einführung der Grundwert-Zuwachssteuer.

Seeretz. In einer öffentlichen Volksversammlung, die hier gestern abend im Lokale des Herrn Wendt tagte, behandelte Genosse Stelling-Lübeck in eingehender Weise das Leben und Wirken unseres Genossen Bebel. Das Andenken des Verstorbenen wurde durch Erheben von den Sitzen geehrt. Hoffentlich beherzigen die Genossen und Genossinnen die Mahnung des Referenten, mit voller Kraft für die weitere Ausbreitung der Lehren des Sozialismus zu wirken, damit auch hier wieder das politische Leben einen erfreulichen Aufschwung nimmt. — An dieser Stelle sei bereits darauf hingewiesen, daß am kommenden Sonnabend, 8 Uhr abends, bei Herrn Emil Cordts eine Volksversammlung stattfindet, in der die Volksfürsorge und ihre Gegner behandelt werden sollen. Es gilt, heute schon in die Propaganda für diese Versammlung, zu der die Vertreter der öffentlich-rechtlichen Volksversicherung eingeladen werden, einzutreten.

Mölln. Zuzug von Speicherarbeitern nach Mölln ist dringend fernzuhalten, da die hiesigen Speicherarbeiter in den Ausstand getreten sind!

Reinbeck. Beim Baden ertrunken! Am Freitag nachmittag badete der 23jährige Maurer Fritz Aberg bei der Liebesbuche in der Bille. Hierauf nahm er noch ein Sonnenbad auf der nahen Wiese. Als sein Hut in die Bille rollte, sprang A. hinein, um ihn zu holen, wobei er von einem Schlag ereilt wurde. Die Leiche wurde nach seinen in Reinbeck wohnenden Verwandten gebracht, bei denen er zur Erholung weilte.

Hamburg. Die Reichstags-Ersatzwahl für Bebel. Eine Bekanntmachung des Senats bestätigt, daß die Ersatzwahl im ersten Hamburger Wahlkreis am 17. Oktober stattfinden wird. Die vom 27. August datierte Bekanntmachung lautet: Infolge Ablebens des bisherigen Abgeordneten zum Deutschen Reichstage, Herrn August Bebel, ist im ersten hamburgischen Wahlkreise eine Ersatzwahl erforderlich geworden. Der Senat setzt in Gemäßheit des § 34 Absatz 2 des Wahl-Reglements (Reichs-Gesetzblatt 1903 Seite 205) die Wahl auf Freitag, den 17. Oktober 1913 fest. Die Zentralwahlkommission wird die weiteren Anordnungen treffen. Auf dem Umwege über eine Hamburger Korrespondenz des „Hannoverschen Courier" erfährt man jetzt allerlei Interessantes von einem Techtelmechtel, das unter den bürgerlichen Parteien wegen einer Sammelkandidatur im Gange war, aber in die Brüche ging. Dem genannten Blatte wird von hier geschrieben: Im ersten Hamburger Reichstagswahlkreis, der bekanntlich durch Bebels Tod erledigt ist, hat, wie bereits gemeldet, die Fortschrittliche Volkspartei den Rechtsanwalt Dr. Carl Petersen, einen ihrer Führer in Hamburg, aufgestellt. Damit ist für diesen Wahlkreis ein Kompromiß zwischen den bürgerlichen Parteien als gescheitert anzusehen, obschon die Aussichtslosigkeit einer Wahl für die bürgerlichen Parteien gerade in diesem Wahlkreis auf den Abschluß eines Kompromisses geradezu drängte. Der Wahlkreis ist seit 1884 im Besitz der sozialdemokratischen Partei, die im Jahre 1907 66,2 Prozent der abgegebenen Stimmen (55,7 Prozent der eingetragenen Wähler), 1912 67,7 Prozent (bezw. 57,9 Prozent) auf sich vereinigte. 1907 hoffte man noch, der Prozentsatz der sozialdemokratischen Stimmen würde heruntergehen, weil durch die Anlegung der neuen, den Rathausmarkt mit dem Hauptbahnhof verbindenden Mönckebergstraße die Zahl der Wahlberechtigten um über 3000 gesunken war, und man annehmen zu dürfen glaubte, an dem Verlust würde die Sozialdemokratie stärker beteiligt sein als die bürgerlichen Parteien. Das Gegenteil war aber der Fall, und man wird daher auch von der für die nächsten Jahre bevorstehenden „Sanierung" der Gegend zwischen der Steinstraße und der Niedernstraße eine Verbesserung der Verhältnisse für die bürgerlichen Parteien nicht erwarten dürfen, obwohl durch sie sich die Zahl der Wahlberechtigten wiederum um mehrere Tausend vermindern wird. Jedenfalls erscheint für die bevorstehende Ersatzwahl ein Erfolg des Bürgertums ausgeschlossen. Infolgedessen hielt man in nationalliberalen Kreisen die Einigung der Bürgerlichen auf einen Kompromißkandidaten für dringend wünschenswert und setzte sich mit dem Rechtsanwalt Dr. W. A. Burchard in Verbindung, den man seiner ganzen politischen Stellung nach als einen auch der Fortschrittspartei genehmen Kandidaten halten durfte. Im Einverständnis mit der nationalliberalen Organisation setzte sich Dr. Burchard mit Dr. Carl Petersen in Verbindung, der den Gedanken einer Kompromißkandidatur Burchhard zum mindesten diskutabel fand und es übernahm, ihn in der Versammlung seiner Freunde, die am 20. dieses Monats stattfinden sollte, vorzutragen. Er machte zur Bedingung, daß die Angelegenheit zunächst mit absuluter Diskretion behandelt werde. Am Nachmittage des 20. August brachte zur Ueberraschung der auf nationalliberaler Seite Beteiligten die Fortschrittspresse eine Notiz über die geplante Kandidatur Burchhard mit wenig freundlichem Kommentar und ohne Andeutung des Kompromißcharakters, und am Abend desselben Tages wurde von der Fortschrittspartei einstimmig Dr. Carl Petersen zum Kandidaten proklamiert und dieser nahm die Kandidatur an. Nach dieser Entwicklung der Kandidatenfrage kann von einer Unterstützung der fortschrittlichen Kandidatur durch die Nationalliberalen natürlich keine Rede mehr sein, und das um so weniger, als es gerade Dr. Carl Petersen gewesen ist, der im Dezember 1906 erklärte, ein Zusammengehen mit dem „Reichstagswahlverein" werde „unsere weiße Wäsche beschmutzen". — Es kann; da jede bürgerliche Kandidatur in dem Wahlkreis, den August Bebel dreißig Jahre lang vertreten hat, von vornherein aussichtslos ist, ja gleichgültig sein, ob die Sozialdemokratie es mit einem, zwei oder drei Gegenkandidaten zu tun bekommt. Auch die persönlichen Qualitäten der bürgerlichen Kandidaten sollen uns gleichgültig sein. Anspornen aber wird es unsere Parteigenossen im ersten Wahlkreise, daß nun der Wahltag festgesetzt ist, an dem sie unserem unvergeßlichen August Bebel die schönste Ehrung dadurch erweisen können, daß sie seinen Wahlkreis mit imponierender Stimmenzahl behaupten. Die Versammlung des sozialdemokratischen Vereins für den ersten Hamburger Wahlkreis, in der Genosse Stolten als unser Kandidat vorgeschlagen werden wird, findet am Mittwoch, 3. September, im Gewerkschaftshaus statt.

Altona. Eine alte Frau verhungert. Am Freitag nachmittag wurde in der großen Mühlenstraße 88 die Leiche einer etwa 55 Jahre alten Frau neben dem Schornstein gefunden. Die Leiche war halb entblößt in Lumpen gehüllt und völlig vertrocknet. Sie scheint einige Monate dort gelegen zu haben. Das Gesicht der Toten war nicht mehr zu erkennen. Neben ihr lagen ein Kamm, eine Haarspange und vier Pfennige. Zunächst nahm man an, daß die Frau das Opfer eines Verbrechens geworden sei. Sie ist aber wohl verhungert. Das kann vorkommen in unserer Zeit, wo die ganze reaktionäre Meute heult über die übertriebene Sozialpolitik, die angeblich den Armen die Kompottschüssel bis obenan füllt. Dabei sterben Menschen in irgend einer Ecke vor Hunger.

Altona. Im Kampf mit Einbrechern getötet wurde ein Polizeibeamter in Wedel. Er versuchte zwei Einbrecher zu verhaften, fand aber heftigsten Widerstand; schließlich feuerten sie aus unmittelbarer Nähe zwei Schüsse auf ihn ab, die den Beamten tot zu Boden streckten. Erst mehrere Stunden später wurde die Leiche aufgefunden. Neben ihr lag der Säbel des Polizisten, ein Holzbohrer und eine Rundfeile. Auf die Ergreifung der Täter, die man in Hamburg vermutet, wurde eine Belohnung von 2000 Mk. ausgesetzt. Vermutlich haben die Einbrecher bei dem Kampfe auch Verletzungen davongetragen.

Neumünster. Ein heftiges Gewitter hielt gestern nachmittag mehrere Stunden an. Durch den wolkenbruchartigen Regen wurden in allen Stadtteilen zahlreiche Keller von Geschäftshäusern bis zu einem Meter hoch überschwemmt und die darin befindlichen Waren beschädigt. Die Feuerwehr mußte an vielen Stellen das Wasser auspumpen. Einige kalte Schläge haben nur geringen Schaden angerichtet.

Neumünster. Boykottierende Vergnügungsvereine. Sämtliche hiesigen Saalbesitzer, gegen 20, haben sich hier kürzlich gegen Zahlung einer Konventionalstrafe von 100 Mk. für jeden Übertretungsfall verpflichtet, bei Vereinsvergnügungen von den Veranstaltern das Garderobengeld und die Tanzsteuer zu fordern. In einer gemeinsamen Versammlung machten gegen dieses Übereinkommen etwa 20 Vereine Front und beschlossen, solange keine Vergnügungen mehr abzuhalten, als diese Vereinbarung nicht rückgängig gemacht worden ist.

Wilhelmsburg. Vom Pferd erschlagen. Der 18jährige Ziegler Podlewski wurde auf der Weide von einem Pferde durch einen Hufschlag an den Kopf getroffen, so daß er sofort tot hinstürzte.

Bremen. Die Holzarbeiter im Werftarbeiterkampf. Nachdem am Donnerstag die streikenden Holzarbeiter in Bremerhaven den Beschluß gefaßt hatten, sich bezüglich der Wiederaufnahme der Arbeit auf den Werften den übrigen Arbeitern anzuschließen, blieben als letzte Gruppe, die sich der Wiederaufnahme der Ar-

Welt widersetzte, nur noch die Bremer Holzarbeiter übrig. In einer allgemeinen Mitgliederversammlung der Zahlstelle Bremen des Deutschen Holzarbeiterverbandes am Freitag abend wurde die gegenwärtige Situation eingehend erörtert und zum Schluß an die Streikenden das Ersuchen gerichtet, sofort am anderen Tage in geheimer Abstimmung darüber zu entscheiden, ob unter den obwaltenden Umständen von einer Weiterführung des Kampfes die Rede sein könne. Sowohl die Ortsverwaltung, wie auch der Hauptvorstand des Holzarbeiterverbandes nahmen den Standpunkt ein, daß natürlich ebenso wie die übrigen Werftarbeiter, und insbesondere auch die Holzarbeiter in allen übrigen Werftorten sich zur Beendigung des Kampfes bereit erklärt hatten, nunmehr auch die Bremer Mitglieder einen gleichen Beschluß fassen müßten. Die Abstimmung der Streikenden hat am Sonnabend nachmittag stattgefunden und wider Erwarten ergeben, daß die Streikenden an ihrem alten Standpunkt festhalten. Es wurde eine Mehrheit für Weiterführung des Kampfes erzielt.

Literarisches.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68. Jede Woche ein Heft. Abonnements 3,— Mk. pro Quartal, Einzelnummer 30 Pfg. Bestellungen durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Spediteure. Alle Kommunalpolitiker, Gemeindevertreter, Stadtverordnete sollten ständig Leser der „Kommunalen Praxis" sein.

Briefkasten.

Stockelsdorf. § 36 der lübschen Gesindeordnung besagt: „Ist der Lohn nach Monaten bemessen oder monatliche Kündigung vereinbart, so kann nur für den Schluß eines Kalendermonats gekündigt werden, und zwar spätestens am 15. des Monats.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Verkauf 6476

lebender Butt

am Dienstag, dem 2. September 1913

vormittags von 8 Uhr ab an der

Dankwartsbrücke, Holstenbrücke, Drehbrücke, Eutiner Brücke, Struckfähre und Hüxtertorbrücke.

Die glückliche Geburt eines kräftigen Sonntagsmädchens zeigen hocherfreut an (6481

Fritz Frahm und Frau, geb. **Lüneburg.**

Für die Teilnahme und Kranzspende sage hiermit meinen innigsten Dank. (6475

Sophie Kiehl, Seeretz.

Unsern besten Dank für die Unterstützung von den Kollegen des Kohlendampfers „Halfotan".
6479) **H. Bäckmeister.**

Suche zum 1. November tüchtigen

Knecht.

6482) Näheres Ochsenkoppel 16.

50 Tauben

billig zu verkaufen. (6470
Rosengarten 8/5.

Eine junge hornlose Ziege

billig zu verkaufen. (6492
Adlerstr. 25.

Ein fast neuer schwarzer **Tockhut u. Nähtisch** billig zu verkaufen.
6474) Brokingstr. 44, I rechts.

Eine fast neue (6472
Scheibenschiebkarre
billig zu verkaufen.
Wickedestr. 29, II.

Zu verk. **kl. Eckhaus** m. Laden b. d. Schwartauer Allee. Anz. 1000 Mk., Rest 5 Jahre fest. (6486
E. Stegemann. Geverdesstr. 14 pt.

Schottische Karre

billig zu verkaufen. (6471
Sedanstr. 12, pt.

Ein starkes **Fahrrad** billig zu verkaufen. (6480 Friedenstr. 70, II.

6480 **Kleiner eiserner Ofen**

zu kaufen gesucht. Angebote unter **P P** an die Expedition dies. Blatt.

Verloren 1 Pincenez von Hundestraße 101 bis Kanalfähre. Abzugeben (6473
Hundestr. 101.

Geräuch. Schinken in ganz. u. halb. p. Pfd. **110 ₰**

Ger. Schulterschinken in ganz. u. halb. p. Pfd. **100 ₰**

fett. u. mag. Speck b. Abn. v. 4 Pfd. p. Pfd. **95 ₰**

Karl Labrtz, Böttcherstr. 14-16, vorm. **M. Labrtz.** (6483

Bestes **Ragolda** Schnell-Wasch-Mittel. Ohne Chlor. Benutzt wunderbar. Schneeweiße Wäsche. Überall zu haben. 1 Pfd. nur 55 Pfg.
Zur Einführung bis Ende 1914 gegen ausgeschn. Gutscheine von
5 Pfd.: 1 Taschenmesser oder 1 Schere usw. (6322
10 „ echt Ch. Kellier 3 Tafelsilber-Löffel usw.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek.

Von der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek" sind bis jetzt folgende Hefte erschienen und sehr zu empfehlen:

Heft 1. **Die erste Hilfe bei Unglücksfällen.** Dr. Christeller. Muß in Fabriken, Werkstätten, auf Bauplätzen vorhanden sein.

Heft 2. **Das erste Lebensjahr.** Von Dr. Silberstein. Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.

Heft 3. **Gesundheitspflege des Nervensystems.** Von Dr. Hirschlaff. Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung.

Heft 4. **Der Achtstundentag.** Von Dr. Zadek. Eine ärztliche Begründung der sozialdemokratischen Forderung.

Heft 5. **Alkoholfrage und Arbeiterklasse.** Mit besonderer Berücksichtigung d. Leipziger Parteitagsbeschlusses betr. Schnapsboykott.

Heft 6. **Das Schulkind.** Von Dr. Silberstein. Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck des Büchleins.

Heft 7. **Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten.** Von Dr. Gebert. Belehrend über diese für jeden Menschen wichtige Frage.

Heft 8. **Nahrung und Ernährung.** Von Dr. Chajes. Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter und seine Familie.

Heft 9. **Wie sollen wir uns kleiden?** Von Dr. P. Bernstein. Eine belehrende Abhandlung über diese wichtige Frage.

Heft 10. **Der Arbeiterschutz.** Von Dr. M. Epstein. Mit besonderer Berücksichtigung der Werkstatthygiene.

Heft 11. **Frauenleiden und deren Verhütung.** Dr. J. Zadek. Mit einem Anhang: Die Verhütung d. Schwangerschaft. (Text-Illustrationen.)

Heft 12. **Vom medizinischen Aberglauben.** Dr. E. Thesing. Eine lehrreiche Abhandlung für jedermann.

Heft 13. **Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters.** Von Dr. S. Munter. Die Anwendung des Wassers in gesunden und kranken Tagen.

Heft 14. **Verhütung und Heilung des Stotterns.** Von L. Jordan. Nebst einer Einleitung des Herausgebers über Sprache und Sprachstörungen. Mit fünf Text-Illustrationen.

Heft 15. **Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie.** Von Dr. J. Markuse. Allen Eltern warm empfohlen.

Heft 16. **Zähne und Zahnpflege.** Von Gertrud Rewald. Mit besonderer Berücksichtigung der gewerblichen Erkrankungen. Mit sieben Text-Illustrationen.

Heft 17. **Bau und Lebenstätigkeit des menschlichen Körpers.** Von Dr. Christeller. Mit zahlr. Illustrationen.

Heft 18. **Der Geschlechtstrieb.** Von Eduard Bernstein.

Heft 19. **Die Krankenpflege im Hause.** Von Joh. Ranker-Mannheim. Mit einer Einleitung vom Herausgeber Dr. Zadek, Berlin.

Heft 20. **Die Proletarierkrankheit.** Von Dr. J. Zadek.

Heft 21. **Atemgymnastik.** Von Otto Rühle. Mit zahlreichen Illustrationen.

Heft 22. **Haut- und Haarpflege.** Von Dr. Chajes.

Heft 23. **Wie schützen wir uns vor Herzerkrankungen?** Von Dr. Rehfisch-Berlin. Mit zahlr. Illustrat.

Heft 24. **Die Hygiene der Arbeiterwohnung.**

Jedes Heft kostet 20 Pfennig.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.
Auch nehmen unsere Kolporteure Bestellungen entgegen.

Unsere Gesellschaftsspiele

haben sich bei groß und klein in kurzer Zeit sehr beliebt gemacht. Der beste Zeitvertrieb für unsere Jugend, da die Spiele sehr unterhaltend sind und sie in keiner Familie fehlen sollten.
Preis 60 Pfg., Mk. 1.— und Mk. 1.80.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Hierdurch teile ich höflichst mit, dass ich das

Kohlensäure-Geschäft

des Herrn **Otto Schweichler** hierselbst käuflich erworben habe und bitte ich das Herrn Schweichler erwiesene Wohlwollen auch mir zuwenden zu wollen.

Hochachtungsvoll

Albert Koch
Obertrave 10. Fernruf 419.
3484)

Jeder der sich und die Seinen weiterbilden und seine Bücherei auf billigste Weise (40 Pf. im Monat) vermehren will, trete dem weit über 100 000 Mitglieder zählenden

Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde (Sitz Stuttgart)

bei. Für den geringen Jahresbeitrag von

nur M 4.80

(dazu im Buchhandel 20 Pfg. Bestellgeld, durch die Post d. Porto) **erhält man kostenlos:**
1. die reichillustrierten Monatshefte

Kosmos, Handweiser f. Naturfreunde mit den Beiblättern:

Wandern und Reisen — Wald und Heide — Photographie und Naturwissenschaft — Technik und Naturwissenschaft — Haus, Garten und Feld — Natur in der Kunst — Natur und Heimatschutz.
2. Auskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von Büchern, Mikroskopen, b. Vorträgen u. Kursen etc.
3. ohne jede Nachzahlung

fünf wertvolle Bücher

erster Schriftsteller; im Jahre 1913: W. Boelsche, Festländer und Meere; Dr. K. Floericke, Einheim. Fische; Dr. Ad. Koelsch, Der blühende See; Dr. H. Dekker, Vom sieghaften Zellenstaat; Dr. A. Zart, Atome und Moleküle.

Eintritt jederzeit! Anmeldungen nimmt jede Buchhandlung entgegen, wo keine solche, wende man sich an den „Kosmos", Stuttgart.

Probehefte und Prospekte postfrei!

Konzerthaus Fünfhausen. 6491
Morgen Dienstag: Extra-Tanzkränzchen.

Hiermit erkläre ich die Verlobung mit Frl. Luise Reimers, Steinrader Weg 61, für aufgehoben.
6487) **Joh. Möller.**

Plakate

betr.

Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Feilhalten von Nahrungs- und Genußmitteln

sind zum Preise von 30 Pfg. per Stück zu haben in der

Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.

Vereinigte Butterhändler von Lübeck und Umgeg.

Allerfeinste Meiereibutter

kostet Pfd. **1.40** Mk. (6485

Einladung zum

Arbeiter-Ernte-Bier

Dienstag, den 2. September
im Lokale des Herrn Boldt, „Weißer Engel".
Anfang 4 Uhr. Ende morgens.
Eintritt 1.00 Mk.
Hierzu laden ergebenst ein die diesjährigen Schaffer (6477
H. Fock. W. Heitmann.

Schlachterei
Lindenstr. 36 besonderer Umstände halber bis 15. Okt. von 2—5 Uhr
6488 **nachmittags geschlossen.**

Chorverein Lübeck.
Mitglied des deutschen Arbeiter-Sängerbundes.

Versammlung
am Mittwoch, 3. September
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
Konstituierung des Damenchors.
Frauen und Mädchen, die Interesse für Gesang haben, sind zu dieser Versammlung freundlichst eingeladen.
6489) **Der Vorstand.**

Lübecker Sommer-Theater
i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.
Dienstag, den 2. September:
Benefiz
für Frau Marianne Heydecker.
Liebelei.
Schausp. i. 3 Akt. v. **Arthur Schnitzler**
Mittwoch, den 3. September:
Gastspiel Fritz Langendorf.
Der Operettenschlager
∴ Puppchen ∴
In Vorbereitung die beiden Novitäten: **Gabriel Schillings Flucht. Eheferien.**
Schluß der tatenreichen Saison Sonntag, den 14. September.
6478) Anfang stets 8¼ Uhr.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 204. Montag, den 1. September 1913. 20. Jahrg.

Christentum und Krieg.

In der „Christlichen Welt“ (Nr. 35 vom 28. August) veröffentlicht der Berliner Pastor Nithak-Stahn einen Briefwechsel, den er im Jahre 1911 mit unserm Genossen Bebel geführt hat. Bebel hatte damals auf dem Parteitag zu Jena sich mit der Haltung der Geistlichen zum Kriege befaßt. Der evangelische Pfarrer Nithak-Stahn, der Bebels Worte durch unkorrekte Zeitungsberichte erfahren hatte, sandte ihm eine Zuschrift und den Text einer von ihm aus Anlaß des Sedantages gehaltenen Predigt, die im „Protestantenblatt“ abgedruckt worden war, und die anknüpfte an den Satz: „Gott ist nicht ein Gott der Unordnung, sondern ein Gott des Friedens.“ (1. Kor. 14, 33.)

Bebel antwortete in einem aus Schöneberg-Berlin, 23. Oktober 1911, datierten Brief, daß er nicht gesagt habe, wie es in unzutreffenden Berichten hieß, daß „die christlichen Geistlichen aller Konfessionen auf den Kanzeln den Krieg zu verherrlichen pflegten“, sondern er habe „ausdrücklich auf den Redakteur der „Evangelischen Kirchenzeitung“ hingewiesen, der zum Kriege hetze“; und das solle christlich sein! Bebel schloß wie folgt:

„Die Auffassung, daß, wenn es zum Kriege komme, die Geistlichkeit aller Nationalitäten alsdann zu demselben Gott um den Sieg bete und sich somit in Widerspruch mit den Lehren des Christentums stelle, kann ich nicht zurücknehmen.“

In der vom gleichen Tage datierten Erwiderung erklärte Herr Nithak-Stahn, daß er von Bebels Berichtigung mit Dank Kenntnis nehme, jedoch könne er „nicht völlig zugeben“, daß die letzte Aeußerung berechtigt sei; er erinnerte an Abwehrkriege und meinte, es sei „wohl möglich, daß die Geistlichen hüben wie drüben aus der ehrlichen Ueberzeugung handeln, eine gerechte Sache zu vertreten“. Der Schluß des Briefes lautete:

„Anstößig ist mir an den Kriegsgebeten nur dies — und darin stimme ich Ihnen durchaus zu —, daß Christen sich an ihren Gott wenden in einer Situation, die als solche der Moral des Christentums widerspricht und zum mindesten von der einen Seite durch Verletzung dieser Moral herbeigeführt worden ist. Darum liegt für mich der Fehler der christlichen Kirchen gegenüber dem Kriege nicht auf der von Ihnen bezeichneten Linie, daß irrtumsfähige Menschen sich mit entgegengesetzten Wünschen an den Einen Gott wenden (das geschieht auch im alltäglichen Leben); sondern darin, daß die christlichen Geistlichen noch nicht aufgehört haben, aus einem falsch verstandenen Nationalgefühle den Krieg für ein „notwendiges Uebel“ zu halten. Ich meinesteils halte es — mit einer immer wachsenden Zahl von Berufsgenossen — für meine Pflicht, unbekümmert um kriegerische Stimmungen machthabender Kreise, für den Völkerfrieden einzutreten, wie Sie u. a. aus der übersandten Predigt ersehen wollen.

Hochachtungsvoll ergebenst

Nithak-Stahn.“

Es muß anerkannt werden, daß in der jüngsten Zeit eine nennenswerte Zahl protestantischer Geistlichen in mannhafter Weise gegen die Kriegshetze und für den Frieden eingetreten sind. Unter den bei uns bestehenden Zuständen gehört in Preußen und insbesondere jetzt, zur Zeit des Kampfes um die letzte Militärvorlage, für den protestantischen Geistlichen in seiner eigentümlichen Dienststellung als Staatsbeamter ein erheblicher Mut dazu, gegen den Krieg und die Rüstungen aufzutreten. Deshalb darf man das den Geistlichen, die es dennoch gewagt haben — und Herr Nithak-Stahn gehört zu ihnen — immerhin hoch anrechnen, daß sie den Mut dazu gefunden haben. Aber wenn auch vielleicht die Hoffnung berechtigt sein darf, daß die Zahl dieser Bekenner noch wachsen wird, so wird man doch nicht annehmen können, daß jemals die Mehrheit der protestantischen Geistlichen gegenüber der herrschenden Klasse eine solche ablehnende Haltung zum Kriege und den Rüstungen einnehmen werde; das widerspricht so völlig den Angaben, die die herrschende Klasse ihrer Kirche und ihren Geistlichen stellt, daß eine derartige Stellungnahme einfach unmöglich ist. Die protestantische Kirche ist, solange sie Staatseinrichtung ist, ein Organ im Dienste der herrschenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft so gut wie die übrigen Zwangsveranstaltungen, die diesem Zwecke zu dienen haben. Nicht der religiöse Gehalt der christlichen Lehre bestimmt die Stellungnahme einer Staatskirche als Ganzes zu den Streitfragen des öffentlichen Lebens, sondern das Interesse der herrschenden Klasse.

Anders stehen die Dinge mit der katholischen Kirche. Diese ist viel unabhängiger vom Staate als die protestantische Staatskirche. Warum aber geben trotzdem die katholischen Geistlichen in der Stellungnahme zum Kriege nicht den Grundsätzen des Christentums die Ehre?

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1912.

I.

Das Wirtschaftsjahr 1912 trug kein einheitliches Gepräge, sondern wies die widersprechendsten Züge auf. Im Bergbau, in der Maschinen- und Metallindustrie, sowie in der Chemischen Industrie herrschte noch volle Hochkonjunktur, in der Textil-, Erd- Stein- und Holzindustrie zeigten sich bereits die Einflüsse des Niedergangs, der im Baugewerbe in vollem Drucke empfunden wurde. Die Beschäftigtenziffern waren im allgemeinen größer als im Jahre 1911, aber auch die Arbeitslosigkeit war größer geworden; sie stand in 8 Monaten des Berichtsjahres über dem Stand der gleichen Monate des Vorjahres und im Jahresdurchschnitt auf 122,4 Arbeitsuchende (1911: 121,1) pro 100 offene Stellen.

Unter diesen Einflüssen hatte auch die Entwickelung der Gewerkschaftsbewegung zu leiden. Neben Verbänden mit erheblicher Mitgliederzunahme finden wir in anderen Verbänden schon Mitgliederverluste, und das letzte Quartal 1912 brachte sogar einen Rückgang der Gesamtziffer.

Die gewerkschaftlichen Zentralverbände zählten im Jahresdurchschnitt 1912: **2 530 390** Mitglieder (gegen 2 320 986 im Vorjahre). Die Zunahme beträgt 9,02 Prozent (1911 = 15,05 Prozent). In diesen Zahlen sind die Verbände der Hausangestellten und der Landarbeiter nicht eingeschlossen, die 1912 zusammen 22 772 Mitglieder zählten. Rechnet man diese hinzu, so musterten die freien Gewerkschaften im Jahresdurchschnitt 1912 insgesamt 2 553 162 Mitglieder.

Die Ziffern stellen sich am Schlusse des Jahres etwas höher. Am 31. Dezember 1912 hatten die Gewerkschaften 2 559 781 Mitglieder (gegen 2 400 018 Ende 1911). Die Zunahme betrug hier aber nur 159 763 oder 6,44 Proz. Die Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter zählten Ende 1912: 23 714 Mitglieder, so daß die Gesamtziffer aller freien Gewerkschaften 2 583 495 betrug. Den Höchststand erreichten die Gewerkschaften im 3. Quartal mit 2 572 624 Mitgliedern (ohne Hausangestellte und Landarbeiter), wogegen das 4. Quartal schon wieder einen Rückgang von nahezu 13 000 Mitgliedern brachte.

Die Mitgliederentwickelung der gewerkschaftlichen Zentralverbände seit Beginn der Gewerkschaftsstatistik läßt sich an den folgenden Zahlen leicht verfolgen. Es betrugen im Jahresdurchschnitt die Mitgliederzahlen und Zunahmen:

Jahr	Mitgliederzahl	Jahr	Mitgliederzahl
1891	277 659	1902	733 606
1892	237 049	1903	887 698
1893	223 539	1904	1 052 108
1894	246 494	1905	1 344 803
1895	259 175	1906	1 689 709
1896	329 230	1907	1 865 506
1897	412 359	1908	1 831 731
1898	493 742	1909	1 832 667
1899	580 473	1910	2 017 298
1900	680 427	1911	2 320 986
1901	677 510	**1912**	**2 530 390**

Nach der Höhe der Mitgliederzahl geordnet, hatten im Durchschnitt des Jahres 1912 Mitglieder:

Metallarbeiter 535 903, Bauarbeiter 335 560, Transportarbeiter 215 948, Fabrikarbeiter 205 026, Holzarbeiter 192 645, Textilarbeiter 140 217, Bergarbeiter 117 875, Buchdrucker 66 673, Zimmerer 61 872, Maler 51 621, Gemeindearbeiter 50 058, Brauerei- und Mühlenarbeiter 49 834, Schneider 49 533, Schuhmacher 46 227, Tabakarbeiter 36 269, Buchbinder 32 374, Steinarbeiter 29 410, Bäcker und Konditoren 28 525, Maschinisten 25 761, Glasarbeiter 19 001, Handlungsgehilfen 17 485, Lithographen 16 760, Porzellanarbeiter 16 575, Gastwirtsgehilfen 16 183, Buchdruckereihilfsarbeiter 15 751, Lederarbeiter 15 248, Sattler und Portefeuiller 14 166, Schmiede 12 974, Töpfer 12 057, Steinsetzer 10 939, Hutmacher 10 551, Tapezierer 10 434, Dachdecker 8636, Böttcher 8518, Bureauangestellten 7253, Gärtner 6950, Fleischer 6172, Kupferschmiede 5234, Glaser 4670, Kürschner 3810, Bildhauer 3777, Schiffszimmerer 3685, Lagerhalter 2935, Friseure 2532, Zivilmusiker 2008, Zigarrensortierer 1565, Asphalteure 1249, Blumenarbeiter 1168, Notenstecher 445, Xylographen 428. Die Landarbeiter zählten im Jahresdurchschnitt 17 023, die Hausangestellten 5749 Mitglieder.

Nach den Industriegruppen geordnet, zählten am Jahresschlusse 1912 die Gewerkschaften im Bergbau 114 062 (1911: 120 136), in der Industrie der Steine und Erden 76 783 (74 474), in der Maschinen- und Metallindustrie 596 839 (564 319), in der Textilindustrie 142 634 (134 426), in der Chemischen Industrie (Fabrikarbeiter) 207 597 (189 443), in der Papier- und Lederindustrie 70 041 (69 376), in der Holzindustrie 213 761 (199 836), in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie 124 513 (118 030), in der Bekleidungsindustrie 114 132 (111 727), in den Graphischen Gewerben 100 345 (99 727), im Baugewerbe 463 375 (431 697), in Handel- und Verkehr 247 518 (213 495), im Gastwirtschaftsgewerbe 16 542 (13 918), im Gartenbau 6858 (6231), in der Landwirtschaft 18 157 (15 696), in häuslichen Diensten 5554 (5751) und in sonstigen Berufen (Bureauangestellte, Gemeindearbeiter, Musiker) 60 781 (55 883).

Die Organisation der gewerblich tätigen Mädchen und Frauen bewegt sich ebenfalls in ständig aufsteigender Richtung. Die Zahl der weiblichen Mitglieder der gewerkschaftlichen Zentralverbände ist von 191 332 im Jahresdurchschnitt von 1911 auf 216 462 im Berichtsjahre gestiegen. Von je 100 Mitgliedern der Gewerkschaften waren 1911: 8,2, 1912: 8,6 Prozent weiblichen Geschlechts. In den beiden Verbänden der Hausangestellten und Landarbeiter kommen 5738 und 609, zusammen 6317 weibliche Mitglieder hinzu, so daß sich die Gesamtzahl der weiblichen Organisierten auf 222 809 beläuft. Am Jahresschlusse war die Zahl auf 228 670 gestiegen. Aus den nachstehenden Jahresdurchschnittsziffern läßt sich das Anwachsen der Arbeiterinnenorganisationen seit 1892 verfolgen.

Jahr	gesamte Mitglieder	weibliche Mitglieder	in Proz.
1892	237 094	4 355	1,8
1896	329 230	15 265	4,6
1900	680 427	22 844	3,3
1905	1 344 803	74 411	5,7
1906	1 689 709	118 908	7,1
1907	1 856 506	136 929	7,3
1908	1 831 731	138 443	7,6
1909	1 832 667	133 888	7,3
1910	2 017 298	161 512	8,0
1911	2 320 986	191 332	8,2
1912	**2 530 390**	**216 462**	**8,6**

Das ewige Gericht.

Roman von Max Treu.

(10. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Wir haben das selbstverständlich auch alles erwogen,“ sprach er und knöpfte seinen Rock vom untersten bis zum obersten Knopfe zu, „wir sind hier auf der königlichen Polizeidirektion keine Barbaren; aber wir haben die Pflicht, die Einwohner unserer Stadt vor verbrecherischen Elementen zu schützen, ganz besonders aber vor denen, die hier nicht ortsangehörig sind. Sie dürfen überzeugt sein, Herr Doktor, daß wir mit den ortsangehörigen Verbrechern, die wir nicht ausweisen können, so viel zu schaffen haben, daß wir alle Veranlassung finden, uns doch wenigstens die hier nicht heimatberechtigten kriminellen Individuen vom Halse zu halten.“

„Die kriminellen Individuen!“ fiel Doktor Graßner mit scharfer Betonung ein. „Jawohl, Herr Regierungsrat, ich begreife das, begreife es als Jurist doppelt und dreifach. Aber im vorliegenden Falle handelt es sich um einen Menschen, der ehrlich bestrebt ist, die Vergangenheit zu sühnen und sich durch Arbeit, Fleiß und Treue eine geachtete Stellung im Leben wieder zu erringen!“

Ein spöttisches Lächeln kräuselte die Lippen des Beamten.

„Wir haben das gerichtliche Urteil vor uns, nach welchem Haltmann wegen eines gemeingefährlichen Verbrechens verurteilt ist,“ sagte er; „wir besitzen die Auskunft der Staatsanwaltschaft, welche vor Haltmann warnt; wir sind endlich darüber unterrichtet, daß Haltmann sich sogar in der Strafanstalt sehr schlecht geführt hat und daher keinerlei Gewähr bietet, daß er sich in der Freiheit besser führen werde.“

Jetzt wurde Doktor Graßner doch erregt.

„Halten Sie wirklich einen solchen papiernen Zettel aus der Strafanstalt für hinreichend, um über einen Menschen ein vernichtendes Urteil zu fällen?“

„Ich bitte zu bedenken, Herr Doktor, daß Sie von einer amtlichen Urkunde sprechen —“

„Die für mich,“ fiel Doktor Graßner scharf ein, „gegenüber den augenfälligen Tatsachen so viel oder so wenig beweist, wie die Erklärung der Staatsanwaltschaft, daß Haltmann gemeingefährlich sein soll. Wollen Sie wirklich mit Hilfe eines solchen Urteils die Existenz eines Menschen ohne Grund vernichten und ihn aus sicherer Position in eine ungewisse Zukunft hinaustreiben?“

Der Regierungsrat erhob sich.

„Sie vergessen, Herr Doktor, daß nicht ich persönlich das tue, sondern daß es die Gesetze sind, deren Bestimmungen ich pflichtgemäß zu erfüllen habe!“

„Das Gesetz spricht nicht davon, daß ein Vorbestrafter ausgewiesen werden muß! Die Ausweisung zu beschließen oder nicht zu beschließen, ist dem sachgemäßen Ermessen der zuständigen Behörde anheimgestellt.“

„Es steht Ihnen gegen unsere Ausweisungsverfügung die Beschwerde an die königliche Regierung frei! Wir haben keine Veranlassung, von der beschlossenen Ausweisung abzugehen!“

Empört entfernte sich Doktor Graßner und ging nach Hause. Er traf Haltmann noch bei der Arbeit. Voll Spannung blickte ihm dieser entgegen.

Zornig warf der Rechtsanwalt Ueberrock, Hut und Handschuhe beiseite.

„Diese armselige Bureaukratie,“ brach er in zorniger Entrüstung los, „die mit einem geistlosen Paragraphen die Welt zu regieren glaubt! Sie lassen sich nie und nimmer überzeugen, daß der Buchstabe tötet und nur der Geist lebendig macht! Was helfen uns die besten Gesetze, wenn zu ihren Hütern kleinliche Menschen bestellt werden, die von jedem befreienden Geiste, der einst zu Pfingsten über eine in starrer Form versteinerte Welt ausgegossen wurde, keine Ahnung haben!“

Er ging hastig im Zimmer auf und ab.

„Wann sind Sie morgen zur Polizei bestellt?“ fragte Graßner.

„Um zehn Uhr!“

„Gehen Sie nicht hin — Sie sind dazu nicht verpflichtet! Man mag Ihnen den Ausweisungsbeschluß zustellen; ich lege dann sofort für Sie Beschwerde an die Regierung ein! Es müßte doch mit dem Teufel zugehen, wenn in einem geordneten Staatswesen ein Mensch, der sich durch ehrliche Arbeit sein Brot verdienen will, daran von Obrigkeits wegen gehindert werden dürfte! Wenn tatsächlich in einem solchen Falle das formale Recht zur Ausführung gelangt, so wäre das nur ein Beweis dafür, daß irgend etwas faul sein muß im Staate! Und nun, lieber Haltmann, machen Sie Feierabend! Kopf hoch und ruhig der Zukunft in die Augen geschaut! Ich vermute sehr, daß die klugen Leute auf der Polizei auch nur mit Wasser kochen! —“

Am andern Mittag hatte Haltmann die Ausweisungsverfügung der Polizeibehörde in Händen. Doktor Graßner ließ sich von ihm Vertretungsvollmacht geben und legte sofort Beschwerde ein, die er in klarer und überzeugender Weise begründete. „Wenn es zulässig sein soll,“ so führte er darin aus, „einen Vorbestraften, der in gut bezahlter, dauernder Stellung steht, um deswillen auszuweisen, weil er bestraft ist, so heißt das nichts anderes als ihn ausweisen, damit er aufs neue dem Verbrechen und der Strafe in die Arme getrieben werde. Denn wenn es dem Vorbestraften von Amts wegen unmöglich gemacht wird, in Lohn und Brot zu bleiben, so muß doch die Frage aufgeworfen werden, was ihm denn eigentlich anderes übrig bleibt, als sich in Kriegszustand mit Behörden, Gesetz und Gesellschaft zu setzen, die ihm das Recht auf Arbeit und ehrliches Brot auf Grund formaler gesetzlicher Bestimmungen streitig machen? In seinem Heimatort kann Haltmann nicht leben; denn einmal ist das ein ganz kleines Städtchen mit durchweg ackerbautreibender Bevölkerung, wo er kaum irgendwelche Beschäftigung finden kann; dann aber ist in diesem kleinen Ort auch seine Vergangenheit bekannt, und es besteht keine Rechtspflicht für irgend jemand, sich in einen Ort zu begeben, in welchem mit Fingern auf ihn gezeigt wird und alle Vorbedingungen für seine Weiterexistenz fehlen. Es kann doch keinem Zweifel unterliegen, daß Sinn und Geist der Bestimmungen über die Ausweisung einer Person dahingehen, daß die Ausweisung zu unterbleiben habe, wenn sie sich, wie hier, als ein schwerer Eingriff in die bürgerliche und gewerbliche Existenz des Betroffenen darstellt.“

Voll Vertrauen auf den Erfolg sandte Graßner das Schriftstück ab; auch Haltmann glaubte mit Sicherheit auf die Aufhebung der polizeilichen Verfügung rechnen zu dürfen, und Mut und Zuversicht zogen wieder in sein Herz ein.

Wenige Tage nach der Absendung der Beschwerdeschrift traf Haltmann eines Abends Marie Sanders, die auf dem Nachhausewege begriffen war. Unbefangen streckte sie ihm die Hand entgegen. — „Grüß Sie Gott, Herr Haltmann!“ Er ergriff ihre Hand; dabei tat sie einen verwunderten Blick in sein Gesicht.

„Was ist Ihnen?“ fragte sie. „Sie sehen nicht gut aus! Wie einer, der viel Leid hat! Damals am See sprach etwas anderes aus Ihren Mienen als heute!“

Er lächelte trüb.

„Damals war ich auch ein Hoffnungsfroher!“ sagte er leise.

„Ist die Hoffnung gesunken!“

„Mein Gott, weshalb? Sie sind in angenehmer Stellung und sind gesund — was wollen Sie noch?“

Er sah sich um, als ob ihn jemand hören könnte. Nachdem er sich überzeugt, daß das nicht der Fall war, fuhr er fort:

„Die Polizei hier will mich ausweisen!“

Sie blieb verwundert stehen.

„Ausweisen? Was heißt das?“

Angesichts der ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiterinnen zu rechnen hat, ist dieser wachsende Erfolg sicherlich zu schätzen. Aber die Zunahme der Frauenarbeit in Handel, Industrie und Gewerbe ist eine so gewaltige, daß noch immer viel zu tun bleibt, um die Arbeiterinnenorganisation auf die Höhe zu bringen, die die Organisation der männlichen Arbeiter erreicht hat. Waren doch bei der Berufszählung des Jahres 1907 nicht weniger als 17,2 Prozent der erwerbstätigen industriellen Lohnarbeiter weiblichen Geschlechts und im Handel und Verkehr stieg das Verhältnis sogar auf 32,0 Prozent.

In den einzelnen Verbänden wurden an weiblichen Mitgliedern gezählt:

Textilarbeiter 53 363, Metallarbeiter 26 848, Fabrikarbeiter 25 146, Tabakarbeiter 17 918, Buchbinder 15 979, Handlungsgehilfen 10 810, Schneider 10 486, Schuhmacher 8909, Buchdruckereihilfsarbeiter 8750, Transportarbeiter 7734, Holzarbeiter 6884, Hutmacher 4980, Bäcker und Konditoren 4574, Porzellanarbeiter 3329, Brauerei- und Mühlenarbeiter 1435, Gemeindearbeiter 1371, Lederarbeiter 1269, Kürschner 1221, Gastwirtsgehilfen 1157, Sattler und Portefeuiller 1083, Glasarbeiter 1000, Blumenarbeiter 648, Zigarrensortierer 481, Bureauangestellten 254, Fleischer 252, Steinarbeiter 195, Lagerhalter 163, Tapezierer 150, Maler 44, Gärtner 27, Friseure 2.

Die Gesamteinnahmen der Zentralverbände haben sich von 72 086 957 Mk. (1911) auf 80 233 575 Mark erhöht, während die Gesamtausgaben von 60 025 080 Mk. auf 61 105 675 Mk. wuchsen. Die Vermögensbestände erhöhten sich von 62 105 821 Mk. auf 80 797 786 Mk. Auf den Kopf der Mitglieder berechnet betrugen die Einahmen 31,71 Mk. (1911: 31,06 Mk.), die Ausgaben 24,15 Mk. (1911: 25,86 Mk.) und die Vermögensbestände 31,93 Mk. (1911: 26,76 Mk.).

Die Gesamteinnahmen der Zentralverbände weisen folgende Posten auf:

Eintrittsgelder	470 057	Mk.
Verbandsbeiträge	64 532 051	„
Oertliche Beiträge	9 138 215	„
Extrabeiträge	1 137 252	„
Streikbeiträge in Streikorten	146 418	„
Zinsen	1 705 515	„
Sonstige Einnahmen	3 104 067	„
Insgesamt	80 233 575	„

Die durchschnittlichen Einnahmen der Verbände pro Kopf der Mitglieder betrugen 31,71 Mk.; sie gehen auf 14,04 Mk. bei den Handlungsgehilfen herab, denen die Blumenarbeiter mit 15,61 Mk. am nächsten stehen, und gehen herauf auf 58,47 Mark bei den Buchdruckern, 64,19 Mk. bei den Notenstechern und 64,26 Mk. bei den Lithographen und Steindruckern.

Von den Gesamtausgaben in Höhe von 61 105 765 Mark sind die folgenden Posten besonders hervorzuheben:

	Organisationen	Mk.
Reiseunterstützung	35	1 179 102
Umzugsunterstützung	34	405 403
Arbeitslosenunterstützung	45	7 741 249
Arbeitsunfähigen-(Kranken-)Unterstützung	46	11 436 325
Invalidenunterstützung	8	523 086
Beihilfe in Sterbefällen	45	1 178 310
Beihilfe in Notfällen	44	515 840
Streiks im Beruf	43	12 047 726
Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellungen	19	195 836
Streiks in anderen Berufen und Ausland	46	437 454
Zentrale und lokale Tarifinstanzen	14	65 637
Rechtsschutz	48	392 699
Gemaßregeltenunterstützung	43	1 070 757
Verbandsorgan	49	2 604 412
Sonstige Zeitungen	27	92 251
Bibliotheken	34	322 916
Unterrichtskurse	20	56 093
Statistiken	15	145 239
Agitation	48	2 841 812
Druckschriften, Broschüren usw.	45	865 384
Stellenvermittelung	20	132 058
Konferenzen und Generalversammlungen	46	509 962
Sonstige Zwecke	49	2 827 970
Beitrag an die Generalkommission	48	274 654
Beitrag zu internationalen Verbindungen	29	67 773
Beitrag an Kartelle und Sekretariate	41	1 457 280
Prozeßkosten	13	87 888
Verwaltungskosten (der Hauptkasse) persönliche	50	1 152 520
Verwaltungsmaterial	49	730 669
Verwaltungskosten der Zahlstellen und Gaue	47	9 742 419

Von diesen Ausgaben entfielen also (im Vergleich zu denen vom Jahre 1911) auf

	1911: Mk.	1912: Mk.
Bildungszwecke	2 889 205	3 220 911
Unterstützungszwecke	38 677 342	37 194 412
Agitation, Stellenvermittlung, Generalversammlungen und Verbindungen	7 894 890	9 064 744
Verwaltungskosten	10 563 643	11 625 608

Die durchschnittlichen Ausgaben aller Verbände, pro Kopf der Mitglieder berechnet, betragen 24,15 Mk. Sie gehen auf 94,24 Mk. herauf bei den Lithographen und Steindruckern, wo sie die durchschnittlichen Einnahmen um 29,98 Mk. übersteigen, und gehen auf 10,96 Mk. zurück bei den Blumenarbeitern. Von den Ausgaben der Lithographen entfielen allein 82,74 Mk. auf Unterstützungszwecke, davon 49,80 Mk. auf Streikunterstützung. Den größten Aufwand für Bildungszwecke mit 4,11 Mark hatten die Bildhauer.

Die gesamten Verbandsvermögen betragen 80 797 786 Mk., von denen 62 934 731 Mk. in den Hauptkassen verblieben. Im Durchschnitt entfällt auf jedes Gewerkschaftsmitglied ein Vermögensanteil von 31,93 Mk. (gegen 26,76 Mk. im Vorjahre). Bei den einzelnen Verbänden schwankt dieser durchschnittliche Vermögensanteil zwischen 228,12 Mk. bei den Notenstechern, denen die Buchdrucker mit 151,79 Mk. zunächst kommen, und 2,94 Mk. bei den Tabakarbeitern, nach denen die Handlungsgehilfen mit 3,61 Mk. rangieren.

Eigene Verbandsorgane halten 48 Zentralverbände, von denen 47 auf Kosten des Verbandes gratis geliefert werden und 1 im Abonnement bezogen wird. Die Gesamtauflage aller Gewerkschaftsorgane beträgt 2 664 700. Daneben bestehen noch 7 fachtechnische Organe sowie das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften", der „L'Operaio Italiano" und die „Oswiata" für die Mitglieder italienischer und polnischer Zunge. Von den Gewerkschaftsblättern erscheint 1 dreimal in der Woche, 33 wöchentlich, 7 alle 2 Wochen und 7 monatlich.

Der Rückgang der Ausgaben für Unterstützungen erklärt sich vor allem aus dem verminderten Aufwand im Berichtsjahre für Streikunterstützung. Fast 5 Millionen Mk. wurden gegenüber dem Vorjahre und mehr als 7 Millionen Mark gegenüber dem Jahre 1910 an Streikunterstützungen erspart. Wenn es auch im Berichtsjahre an Kämpfen nicht gefehlt hat, und besonders im Bergbau ein recht umfangreicher Kampf entbrannt war, so fehlte es doch an so langdauernden Kämpfen wie in den Vorjahren, die große Unterstützungssummen verschlangen.

Es wurden an Unterstützungen gezahlt:

	1910 Mk.	1911 Mk.	1912 Mk.
Reise	1 015 984	1 028 431	1 179 102
Umzug	316 452	366 865	405 403
Arbeitslose	6 075 522	6 340 544	7 741 240
Kranke	9 028 693	10 266730	11 436 326
Sterbefälle	884 012	1 045 956	1 178 310
Notfälle	548 567	470 048	515 846
Gemaßregelte	809 738	895 519	1 070 752
Summa	18 678 968	20 414 093	23 526 979

Dagegen wurden für Streikunterstützung verausgabt:

1910 Mk.	1911 Mk.	1912 Mk.
19 603 605	17 303 328	12 485 183*

Die Ausgaben für Streikunterstützung betrugen im Berichtsjahre nur wenig mehr als die Hälfte der Ausgaben für die übrigen Unterstützungszwecke. In den 22 Jahren seit 1891 brachten die Zentralverbände 165,6 Millionen Mark für friedliche Unterstützungszwecke und 121,5 Millionen Mark für Streikunterstützung auf. Von den ersteren Unterstützungsausgaben entfielen seit 1891 auf

Arbeitslose	54 270 191	Mk.
Reisende	13 616 958	„
Kranke	66 736 450	„
Umzug, Not und Sterbefälle	14 285 257	„
Gemaßregelte	9 414 121	„
Invalide	4 615 331	„
Rechtsschutz	3 577 425	„

Einige besondere Beachtung verdienen die Ausgaben der deutschen Zentralverbände für die Unterstützung ihrer arbeitslosen Mitglieder. Im Berichtsjahre waren alle Mitglieder der Gewerkschaften teils für Arbeitslosigkeit am Orte, teils für solche auf Reise oder für beides versichert. Die Aufwendungen für diese Unterstützungen erreichten im Jahre 1912 8 920 342 Mk. gegenüber 7 368 975 Mk. im Jahre 1911, 7 091 506 Mk. im Jahre 1910 und 7 201 351 Mk. im Jahre 1909. Seit dem Jahre 1891 haben die Gewerkschaften für ihre arbeitslosen Mitglieder etwa 68 Millionen Mark aufgewendet. Sie haben damit für alle Zeit ihre Priorität auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung und zugleich ihren Anspruch begründet, bei der gesetzlichen Regelung dieser Materie als grundlegende Organisation anerkannt zu werden. Sobald nunmehr auch die größten Organisationen des Baugewerbes dazu übergehen werden, ihre Mitglieder gegen Arbeitslosigkeit am Ort zu unterstützen, dürfte der Einwand, daß die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung nur einem kleinen Teil der Arbeitslosen und dabei noch nicht einmal den am meisten von der Arbeitslosigkeit Betroffenen zugute käme, bald entkräftet sein, denn es steht jedem Arbeiter der Eintritt in die gewerkschaftlichen Zentralverbände frei und man mußte es sogar von einem jeden als seine berufliche Pflicht verlangen, daß er sich der Mitwirkung bei der Aufrechterhaltung des beruflichen Standard of Life nicht entziehe und zur Unterstützung seiner Kollegen beitrage. Die Gewerkschaften aber, die schon seit Jahren, zum Teil sogar seit Jahrzehnten keine Opfer gescheut haben, die Arbeitslosen zu unterstützen und die in ihrer Organisation das System der Versicherung geschaffen und lebensfähig entwickelt haben, das sich seither nicht bloß als das beste, sondern selbst als das einzig brauchbare bewährt hat, dürfen von Reich, Staat und Gemeinde verlangen, daß diese sie für ihre im gemeinnützigen Interesse gemachten hohen Aufwendungen schadlos halten und ihnen wenigstens einen Teil der für Arbeitslosenunterstützung verausgabten Summen zurückvergüten. Das Genter System bezeichnet den Weg, auf dem diese Zurückvergütung am einfachsten zu regeln wäre und gerade jetzt, angesichts der drohenden Zeichen einer neuen Arbeitslosigkeitsperiode, ist es an der Zeit, daß mit der Einführung des Genter Systems der Arbeitslosenversicherung endlich Ernst gemacht wird, denn die Gewerkschaftskassen sind allein nicht imstande, allen den an sie herantretenden Anforderungen der Massenarbeitslosigkeit genügen zu können.

* Mit Hinzurechnung der Ausgaben für Lohnbewegungen und Tarifinstanzen 12 746 656 Mk.

Aus der Partei.

Gemeindewahlsieg. In dem bei Mainz gelegenen Vororte Weisenau wurden bei den Gemeinderatswahlen die Genossen Mich. Gerner und Georg Lemb gewählt.

Preßprozeß. Wegen angeblicher Beleidigung des Amtsvorstehers von Moys, einem Vororte von Görlitz, wurde am Donnerstag vom Schöffengericht in Görlitz Genosse Oswald, der Verantwortliche unseres dortigen Parteiorgans, zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Glasergehilfen in Saalfeld i. Thür. haben mit den Meistern einen Tarif abgeschlossen, der ihnen wesentliche Vorteile bringt. Auf alle bisher gezahlten Löhne erfolgt sofort ein Zuschlag von 3 Pfg.; ein weiterer Zuschlag von 3 Pfg. erfolgt am 12. August 1914 und am 15. August 1915 abermals ein solcher von 2 Pfg. pro Stunde.

Ein Jubiläumstag im Buchdruckerverband. Im März 1888 beschloß der Buchdruckerverband auf einer Hamburger Generalversammlung, die Verbandsleitung von Stuttgart nach Berlin zu verlegen. Zehn Jahre vorher, als mit Verhängung des Sozialistengesetzes auch die Verfolgungen der Gewerkschaften einsetzten, flüchtete die Verbandsleitung des Buchdruckerverbandes mit ihrem Sitz von Leipzig nach dem freieren Stuttgart. Mit dem 1. September 1888 übernahm der jetzige Verbandsvorsitzende, Emil Döblin, den Vorsitz. Er feiert also an diesem Tage zugleich sein 25jähriges Amtsjubiläum, ein Ehrentag, den wohl kein zweiter Verbandsvorsitzender bisher zu verzeichnen hat. Döblin, der im vorigen Jahre seinen 60jährigen Geburtstag begehen konnte, kam Mitte 1873 nach Berlin, trat 1884 in die örtliche Tarifkommission ein und wurde am 1. Januar 1887 Gauvorsteher in Berlin. Unter seiner umsichtigen Leitung hat der Buchdruckerverband in den 25 Jahren sowohl organisatorisch wie auch in der tariflichen Festlegung der Arbeitsbedingungen gewaltige Fortschritte gemacht. Bei dem Übergang der Verbandsleitung nach Berlin im Jahr 1888 waren 11 186 Mitglieder in 587 Druckorten vorhanden und in allen drei Kasseneinrichtungen hatte der Verband ein Vermögen von 916 692 Mk. Daß der Verband nach dem verlorenen heroischen Neunstundenkampf im Jahre 1891/92 nicht in Trümmer ging, ist nicht zuletzt Döblin zu verdanken. Die Wiederaufrichtung der Tarifgemeinschaft

---

„Nun, man befiehlt mir: Mach, daß du aus unserer Stadt herauskommst!"

„Wie kann man Ihnen das befehlen?"

„Weil ich schwer bestraft bin und ein Niederlassungsrecht für einen" — er würgte an dem Worte, ehe er es herausbrachte — „Zuchthäusler nicht existiert!"

„Man kann Sie doch nicht aus Arbeit und Stellung bringen?" fragte sie ungläubig.

„Das kann man doch! Und sogar von Rechts wegen!"

„Das mag ja ein wunderbares Recht sein! Kann man denn dagegen nichts tun?"

„O doch, Beschwerde einlegen!"

„Das haben Sie natürlich getan?"

„Herr Doktor Graßner tat es sogar für mich! Und er hofft, daß wir damit Erfolg haben!"

„Da also! Ich bin doch wahrhaftig nicht so ganz dumm, aber das will mir durchaus nicht einleuchten, daß die Polizei, die zur Hüterin von Gesetz und Recht bestimmt ist, ein offenbares Unglück begehen dürfe! Dann hätte ja der ehrliche Staatsbürger alle Ursache, nach Schutz vor der Polizei zu rufen!"

Haltmann neigte zustimmend das Haupt. Dann fuhr er schnell fort:

„Doch nun sagen Sie, wie geht es Ihnen, Fräulein Sanders?"

„Recht gut! Aber auch mir ist die Freude getrübt, wenn man Ihnen so mitspielen will. Haben Sie sich denn schon klargemacht, was werden soll, wenn Ihre Beschwerde keinen Erfolg hat?"

Er erschrak.

Wie klug sie war! Diese Frage hatte er sich noch nie vorgelegt — in der Tat, was sollte dann werden? Und nun, da er plötzlich dieser Möglichkeit ins Auge sah, schüttelt es ihn wie Fieberfrost.

„Ich weiß es nicht!" sagte er leise.

„Das ist wenig! Man muß auf das Schlimme stets zuerst gefaßt sein! Inserieren Sie in auswärtigen Blättern, schauen Sie sich nach Stellung und Beschäftigung um — und wenn Sie das gefunden, was Sie suchen, dann schütteln Sie, wenn es sein muß, den Staub der Hauptstadt von Ihren Schuhen — auch anderwärts leben noch Menschen! Nur nicht gleich verzagen!"

„Ich habe meine Erfahrungen," entgegnete er trübe. „Und ich fürchte, sie würden sich wiederholen. Einen Doktor Graßner aber finde ich in der ganzen Welt nicht mehr — das weiß ich. Und das ist es gerade, was mich am meisten bedrückt."

„Ich glaube Ihnen, lieber Freund, daß so etwas schmerzt. Aber Sie wissen, daß ich Ihre Schuldnerin bin — bitte, kein Wort," unterbrach sie sich fast heftig, als er ihr in die Rede fallen wollte, „kein Wort: ich bin Ihre Schuldnerin, und wenn Sie Hilfe brauchen, so soll sie Ihnen werden, soweit sie für mich erreichbar ist."

„Sie haben ein großes Herz, Fräulein Sanders!" sagte er und sah in das edelgeschnittene Gesicht.

„Ach was, großes Herz! Sehen Sie, ich bin egoistisch durch und durch; ich trage dänische Glacees vom feinsten Leder, mein Kleid und mein Hut sind auch recht teuer —"

„Sie spotten! Es macht Ihnen Vergnügen, sich geringer hinzustellen als Sie sind. Ihr Hut und Ihr Kleid sind Muster von Einfachheit —"

„Aber recht teure Muster!" fiel sie ein. „Und wenn ich gelegentlich mal ein weniger kostspieliges Kleid tragen müßte, so würde mir das gar keinen Schaden tun. Aber genug davon! Wir sind vor meiner Tür angelangt! Das eine müssen Sie mir versprechen, mir sofort zu schreiben, wenn der Bescheid auf Ihre Beschwerde eingetroffen ist. Wollen Sie das tun?"

„Gewiß!"

„Sofort und ohne Verzug?"

„Gewiß!"

„Gut. Und nun, gute Nacht, mein lieber Freund! Keine trüben Gedanken — es ist doch eine schöne Einrichtung, daß jeder Nacht, auch der dunkelsten, der lichte Morgen folgt!"

* * *

Zwischen Hangen und Bangen verstrichen Haltmann die nächsten Tage. Er arbeitete mit verdoppeltem Fleiß, um in seiner Tätigkeit alles, was ihn wie Zentnerlast bedrückte, zu vergessen. Aber es gelang ihm nur schlecht. Wieder und immer wieder trat der drohende Gedanke vor ihn.

„Was soll aus mir werden, wenn die Ausweisung nicht aufgehoben wird? Soll sich dasselbe grausame Spiel wiederholen, welches ich bei meinen ersten Schritten aus dem Zuchthaus über mich ergehen lassen mußte? Und werde ich noch einmal einen Doktor Graßner finden?"

Trüber und trüber wurde bei solchen Fragen seine Stimmung. Denn was hier in der Hauptstadt geschah — nämlich ausgewiesen zu werden —, das konnte ihm ebenfalls in jeder anderen Stadt angetan werden, in der er kein Heimatsrecht hatte. Heimzugehen aber in seinen Geburtsort, von wo man ihn nicht ausweisen durfte — Nein! Nein! Schon allein der Gedanke machte ihn schaudern. Seit frühester Jugend schon hatte er alle Beziehungen zu diesem Orte verloren; er war dort völlig fremd geworden, niemand war da, der für ihn auch nur eine Hand geregt hätte. Aber ihn anfeinden und ihn zu Tode quälen, das würde man — das sah er mit Sicherheit voraus. Er kannte das Pharisäertum und den kleinbürgerlichen Tugendstolz solcher Kleinbürger zur Genüge; er wußte genau, wie gerade diese in ihrer satten Tugend teils voll Hohn, teils voll Dünkel auf den Gefallenen herabsehen; es war ihm aus einem vor wenigen Jahren geschehenen Beispiele bekannt, wie die geldstolzen Söhne der dortigen Ackerbürger einen armen Teufel aus ihrer Stadt, der wegen Diebstahls mehrere Monate gesessen hatte, mit Verachtung, mit Spottreden, mit Roheiten jeder Art so lange verfolgt hatten, bis der unglückliche Mensch in einer dunklen Stunde Hand an sich gelegt und sich vor der Haustür seines Hauptpeinigers aufgehängt hatte.

Drohte ihm dasselbe Schicksal? Würde das Gericht, das einmal ihn verurteilt hatte, ein ewiges Gericht für ihn sein?

Er schüttelte sich, als wolle er alle düsteren Gedanken von sich abwälzen. Und doch war ihm, als habe er soeben einen jener geheimnisvollen Augenblicke durchlebt, in denen der Mensch „dem Weltgeist näher ist als sonst, und eine Frage frei hat an das Schicksal".

„Und warum das alles?" so drängte sich in ihm in solchen Augenblicken die bittere Frage auf.

Warum — ja, warum?

Weil er vor Jahr und Tag einmal gesündigt, weil er diese Schuld in schwerer Strafzeit gesühnt und gebüßt, weil die Weisheit der Behörden ihn trotz dieser Buße noch immer für einen gemeingefährlichen Menschen ansah, und weil sie ihm nicht gestatten wollte, durch Taten den Beweis des Gegenteils zu führen!

Ein Gefühl tiefer Erbitterung überkam ihn gegen diesen Staat, der sich für berechtigt hielt, ein „ewiges Gericht" über den einmal Gefallenen abzuhalten. —

Eines Tages sagte ihm Doktor Graßner traurig:

„Der Bescheid der Regierung ist da!"

Schon aus dem Tone, in welchem diese Worte gesprochen wurden, erkannte Haltmann das Resultat. So verwunderte er sich kaum noch, als er das Schriftstück, das ihm Doktor Graßner übergeben hatte, durchlas. Kurz und bündig lautete es also:

Herrn Rechtsanwalt Dr. Graßner!

Auf die Beschwerde des Rechtsanwaltsgehilfen Karl Haltmann gegen die Ausweisungsverfügung der Königlichen Polizeidirektion vom ..... 190 . wird Ihnen als dem Vertreter des p. Haltmann eröffnet, daß zu einer Abänderung der angefochtenen Verfügung, nachdem die gesetzlichen Voraussetzungen für die Ausweisung gegeben sind, diesseits kein Anlaß vorliegt."

„Kurz, grob und von der Vortrefflichkeit der behördlichen Weisheit durchdrungen!"

(Fortsetzung folgt.)

war im wesentlichen sein Werk. Tariflich erreichte die Gehilfenschaft von 1896 an Lohnerhöhungen von insgesamt 31 Prozent; Lokalzuschläge bestehen für zusammen 743 Orte. Für die Maschinensetzer, die Drucker und die Stereotypeure wurden wertvolle Spezialbestimmungen geschaffen. Die Arbeitszeit konnte wöchentlich um 4 Stunden gekürzt werden. 96 Prozent aller Gehilfen arbeiten zu tariflichen Bedingungen. Die Mitgliederzahl des Verbandes ist auf 67 393 in über 1700 Druckorten gestiegen. Das Verbandsvermögen beträgt 10 512 897 Mk. Döblin hat in manchen für den Verband schweren und stürmischen Zeiten in steter Entschlossenheit seinen Mann gestanden, und so wird dem in Gewerkschaftskreisen allgemein beliebten Gewerkschaftsführer auch an seinem Jubiläumstage der Glückwunsch zuteil werden: Mögen ihm noch viele Jahre segensreicher Tätigkeit beschieden sein!

Zum Konflikt im Haupttarifamt für das Baugewerbe. Zu dem von uns veröffentlichten Briefe des Herrn v. Schulz erklärt der Redakteur des „Zimmerer": Ich komme dem Wunsch der Herren Unparteiischen hiermit gern und in vollem Umfange nach und erkläre, daß auf sie der Vorwurf der Fälschung und Machenschaften in keiner Weise zutrifft; ich bedaure auch, daß mein Artikel in Nr. 30 des „Zimmerer" die Auffassung zuließ, daß die Ausdrücke auf sie gemünzt sein sollten. Ferner sei bemerkt, daß ich diese Erklärung nicht bloß zu dem Zweck abgebe, nach Kräften dazu beizutragen, den bedauerlichen Konflikt beizulegen, sondern aus Überzeugung und innerem Antrieb. Meine Einblicke in die ganze Angelegenheit sind jetzt umfassender und tiefer als zur Zeit der Abfassung meines Artikels in Nr. 30 des „Zimmerer". Diese Erklärung hätte ich ohne Verzug schon auf das erste Schreiben der Herren Unparteiischen abgegeben, wenn es nicht allgemeiner gehalten gewesen wäre als das bevorstehende. August Bringmann." — Damit dürften wohl die Unparteiischen vollauf zufriedengestellt sein, und der unliebsame Konflikt wird sicher damit beendet sein.

Soziales.

Einführung der Nacht- und Sonntagsruhe im Binnenschiffahrtsgewerbe. Schon seit längerer Zeit schweben Verhandlungen und Erhebungen über die Beschränkung der Arbeitszeit in der Rheinschiffahrt. Die „Kölnische Zeitung" meldet jetzt, daß die Regierung beabsichtigt, eine Regelung der Arbeitszeit des Schiffspersonals für den Rhein herbeizuführen, und zwar ist in Aussicht genommen, daß der Bundesrat auf Grund des § 120f der Gewerbeordnung eine entsprechende Verordnung erläßt. Ihr Inhalt soll in der Hauptsache folgender sein: Dem Schiffspersonal, mag es auf Dampfern oder Kähnen in einem gewerblichen Arbeitsverhältnis stehen, ist eine zusammenhängende siebenstündige Nachtruhe zu gewähren, die in der Regel in die Zeit von 6 Uhr abends bis 8 Uhr morgens fallen muß. Ferner ist an mindestens sechs Sonn- oder Festtagen in jedem Kalendervierteljahr das Personal von jeder Arbeit freizulassen; zu diesen Sonn- und Festtagen müssen der erste Oster-, Pfingst- und Weihnachtsfeiertag, sowie der Karfreitag und der Fronleichnamstag gehören. Es schweben zurzeit Ermittlungen bei den Interessenten darüber, ob sich die Nacht- und Sonntagsruhe des Schiffahrtspersonals auf dem Rhein in dieser Weise regeln ließe.

Militärjustiz.

Das Kriegsgericht der 16. Division in Trier, von dem wir schon mehrfach recht harte Urteile veröffentlicht haben, fällte wieder einmal einige Urteile, die Befremden erregen dürften. Zunächst verhängte es, wie schon kurz berichtet, über einen Musketier der 8. Kompagnie vom 161. Infanterieregiment eine jener ungeheuerlichen „Mindeststrafen", die für den modernen Kulturmenschen genau so aufreizend und empörend wirken müssen, wie jene Mindeststrafen des sogenannten Aufruhrparagraphen. Der Angeklagte war zum dritten Male fahnenflüchtig geworden und erhielt dafür die niedrigste Strafe von fünf Jahren Zuchthaus. Mit einem glücklichen Lächeln verläßt der Verurteilte den Anklageraum, den ein Sergeant und ein Gefreiter mit geladenem Gewehr bewachen, als handle es sich um einen Mörder. Aber dieses Lächeln verrät dem Kenner nur zu deutlich, was das Kasernenleben für ihn bedeutet hat, wohl winken ihm für fünf Jahre die kalten Zuchthausmauern, aber er braucht nicht mehr in die ihm so verhaßte Kaserne zurück, das ist ihm die Hauptsache!

Dann folgt ein zweiter Fahnenflüchtiger. Ein Musketier vom 69. Infanterieregiment, das schon seit langem eine ungewöhlich hohe Zahl von Deserteuren aufweist, ist der Fahnenflucht im Komplott angeklagt. Er hatte sich im Jahre 1911 durch einen Kameraden verleiten lassen, zu desertieren, hatte sich seit dieser Zeit in Deutschland aufgehalten, bis er verhaftet worden war. Er erhält ein Jahr und sieben Monate Gefängnis. Und nun das Merkwürdige. Sein Komplice, der bereits vor einem Jahre abgeurteilt ward, wurde nur wegen einfacher Fahnenflucht bestraft. Hier aber sagte der Anklagevertreter:

Er hoffe bestimmt, daß das Gericht nicht etwa nach dem Grundsatze handeln würde: gleiche Brüder, gleiche Kappen, und diesen Angeklagten auch nur wegen einfacher Fahnenflucht bestrafe.

Und das Gericht folgte, wie oben angeführt, dem Antrage. Und worin bestand das Komplott? Beide Angeklagten hatten sich ohne Erlaubnis aus der Kaserne entfernt, und da sagte der eine zum andern: „Wenn der Feldwebel Krach mache, dann gehen wir." Und als dann der Feldwebel auch wirklich Krach machte, dann gingen beide los. Das diese leicht hingeworfene Bemerkung wirklich die Tatbestandsmerkmale des Komplotts erfüllen sollen, vermögen wir auch dadurch nicht einzusehen, daß beide dann tatsächlich losgegangen sind. Wir sind der Ansicht, daß zum „Komplott" denn doch etwas wesentlich anderes gehört. Aber selbst wenn das Gericht hierin wirklich ein Komplott erblickte, dann bäumt sich doch das gesunde Rechtsgefühl dagegen auf, daß derjenige, den das Gericht als den Urheber, als den Verführer anerkannte, nur wegen einfacher Fahnenflucht bestrafte, während der Verführte, also das Opfer, eine Zusatzstrafe von einem Jahre erhält, und das lediglich deshalb, weil der Angeklagte auf Befragen zugestanden hatte, daß er unter „Losgehen" Desertion verstanden hätte. Hier kam es doch darauf an, festzustellen, ob dem Angeklagten auch bewußt war, daß er nicht nur desertiert, sondern daß er im Komplott desertiert. Daß ihm dies bewußt gewesen, muß aber bezweifelt werden. Doch die Militärjustiz fragt nach solchen Dingen nicht. Wenn nur dem Buchstaben des Gesetzes Genüge geleistet ist, das ist die Hauptsache. —

Ein Sergeant vom 29. Infanterieregiment ist angeklagt, einen Zivilisten mit dem Seitengewehr schwer mißhandelt zu haben, und zwar durch einen hinterlistigen Ueberfall. Schon beim Eintritt in die Verhandlung ereignet sich ein charakteristischer Vorgang. Der Verhandlungsführer macht die Zeugen, meistenteils Unteroffiziere und Feldwebel, darauf aufmerksam, daß in der Voruntersuchung — geradezu furchtbar gelogen worden sei. Der Vertreter des Angeklagten stellte aus derselben Erwägung den Antrag, den Untersuchungsrichter als Zeugen zu vernehmen, um festzustellen, in welcher unerhörten Weise gelogen worden sei. Die Beweisaufnahme ergab, daß in der Nacht des 16. Mai in einer Wirtschaft zwischen Unteroffizieren und zwei Zivilisten ein Streit ausgebrochen war. Beide wurden aus der Wirtschaft herausgeworfen. Der eine wollte den Posten alarmieren. Wahrscheinlich um die Sache zu vertuschen, wurde er nachher überfallen, bekam einige Säbelhiebe über den Kopf, und als er zusammenbrach, da sagte der Täter zu ihm: „Du verrätst nichts mehr." — Als er trotzdem wieder aufstand, wurde er weiter mit dem Säbel bearbeitet und dann über ein Geländer die Böschung hinuntergeworfen. Der angeklagte Sergeant bestritt natürlich die Tat, trotzdem förderte die Beweisaufnahme eine solche Fülle von Indizien zutage, daß der Vertreter der Anklage vier Monate Gefängnis beantragte. Er bezeichnete mit Recht die Tat als eine Erbärmlichkeit, als eine unerhörte Feigheit, einen schwächlichen kleinen Menschen in dieser Weise zu mißhandeln. Den als Zeugen fungierenden Unteroffizieren, die den Angeklagten halfen zu entlasten, ließ der Anklagevertreter folgende niederschmetternde Charakteristik zuteil werden. Er führte aus: Ich bitte, den Aussagen der Unteroffiziere keinen Wert beizulegen, denn es besteht für mich kein Zweifel, daß viele von ihnen nicht mit gutem Gewissen den Gerichtssaal verlassen können; sie können nicht sagen, einen richtigen Eid geleistet zu haben, so stark waren die Widersprüche, die zutage getreten sind. Die Zeugen sind bestrebt gewesen, ihren Kameraden herauszureißen, denn für ihn stehe es fest, daß der Angeklagte der Täter sei. Das Gericht kam aber nach kurzer Beratung zum Freispruch! Es ließ zwar dem so schwer mißhandelten Zivilisten den Trost, daß erhebliche Verdachtsmomente vorhanden seien und der Angeklagte nur mangels ausreichenden Beweises freigesprochen worden sei.

Dieses Urteil verdient festgehalten zu werden, noch mehr aber die eigentümliche Charakteristik der Zeugenaussagen. Es ist ja bekannt, daß gerade die Aussagen von ehemaligen Unteroffizieren, wenn sie mal später als Gendarmen oder Polizeibeamte auftreten, so außerordentlich schwer zu erschüttern sind und oft selbst zehn und mehr glaubwürdige Zivilzeugen nicht imstande sind, einen einzigen Schutzmanns- oder Gendarmeneid zu erschüttern.

Aus dem Gerichtssaal.

Etwas Neues von der Waldenburger Denunziantengesellschaft. Vor dem Schöffengericht in Waldenburg i. Schl. fand am Freitag eine Verhandlung statt, die mit einer schweren Verurteilung eines früheren Angestellten des konservativen „Neuen Tageblattes" endete. Der Hausmeister Voigt wurde wegen schwerer Beleidigungen dreier Zeitungsträgerinnen zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angelegenheit hat folgende interessante Vorgeschichte. Vor längerer Zeit erhielten mehrere Zeitungsträgerinnen des konservativen Tageblatts anonyme Drohbriefe, in denen ihnen Gewalttaten angedroht und schwere sittliche Verfehlungen vorgeworfen wurden. Mißhandlungen wurden den Frauen angedroht, wenn sie das Austragen des konservativen Tageblattes nicht einstellen würden. Die ganze Abfassung der Briefe ließ durchblicken, daß die Drohungen und Beschimpfungen von haßerfüllten Sozialdemokraten ausgingen. In der Tat fiel das konservative Blatt des Herrn Lippold auch in einer unglaublichen Weise über die Sozialdemokratie her, die er für die anonymen Briefe verantwortlich machte. Jetzt nach vielen Monaten hat diese Geschichte eine für das konservative Blatt überaus blamable Aufklärung gefunden. Vor Gericht wurde einwandfrei durch Schriftsachverständige festgestellt, daß der Angestellte Voigt vom Tageblatt die Briefe aus Rache gegen die Frauen geschrieben habe. Das Tollste aber an der Sache ist das, daß der konservative Expeditionschef Kohlberg vor Gericht aussagte, daß es ihm sofort, als er die Briefe zu Gesicht bekam, klar war, daß Voigt und kein anderer die Briefe geschrieben habe. Herr Kohlberg war damals die rechte Hand des Lippold, dem bekanntlich in seiner maßlosen Gehässigkeit jedes Kampfmittel gegen die Sozialdemokraten recht ist. Trotzdem es also bei den oberen konservativen Zeitungsbeamten bekannt war, daß der eigene Angestellte diese gemeinen Briefe geschrieben hatte, wurden sie in mehreren Artikeln des konservativen Hetzblattes den Sozialdemokraten angehängt. Mit voller Absicht wurde also gelogen und wider besseres Wissen der politische Gegner in der gemeinsten Weise verdächtigt. Der erbärmliche Briefschreiber hat seine Strafe fort, Herr Lippold aber bleibt immer noch der angesehene konservative Chefredakteur.

Zu zwei Monaten Gefängnis wurde ein Soldat vom Stettiner Kriegsgericht verurteilt, weil er sich geweigert haben sollte, beim Stalldienst einen harmlosen Befehl auszuführen. Er sollte die Mähnen der Pferde eines Geschützes anfeuchten, auf den Befehl aber mit der Bemerkung geantwortet haben, das könne auch ein anderer machen. Der Angeklagte bestritt jede Schuld, wurde aber gleichwohl zu den zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Man vergleiche mit diesem Urteil die Milde, die häufig genug Militärgerichte gegen Soldatenschinder walten lassen.

Aus Nah und Fern.

Eisenbahnunfall. Auf der Bahnstrecke Weißenfels—Roßbach entgleiste infolge Schienenverwerfung, die durch die Hitze verursacht worden war, ein Güter- und ein Personenwagen in einem Eilzug. Der Personenwagen, in dem sich zwölf Fahrgäste befanden, überschlug sich, fiel aber so glücklich, daß sämtliche Insassen ohne ernste Verletzungen durchs Fenster ins Freie gelangten.

Der geohrfeigte Leutnant. Eine peinliche Szene spielte sich Donnerstag abend am Straßburger Hauptbahnhof ab. Ein Leutnant aus Hagenau kehrte in Begleitung einer Dame vom Rennplatz aus Baden-Baden zurück. Plötzlich stürzte im Warteraum des Bahnhofes eine andere Dame auf ihn los und versetzte ihm eine Ohrfeige. Der Offizier, der die Dame zu kennen schien, zog seinen Degen und drang auf sie ein. In diesem Augenblick warf sich ein Feldwebel zwischen die Streitenden. Die Dame wurde von der Polizei abgeführt, weigerte sich aber hartnäckig, ihren Namen zu nennen. Sie wurde wieder entlassen. Der Offizier wollte gegen den Feldwebel vorgehen, weil dieser eine abfällige Äußerung über den Vorfall getan hatte. Das Publikum begann aber eine drohende Haltung gegen den Offizier einzunehmen, worauf dieser ein Automobil bestieg und davonfuhr.

Raubmord. Aus Frankfurt a. O. wird gemeldet: Bei dem Pfarrdorf Lossow am Brieskowersee wurde die Leiche eines etwa 40jährigen Mannes gefunden, dessen Kleidertaschen mit Schlacken beschwert waren. Der Kopf wies mehrere Verletzungen auf, die von wuchtigen Schlägen herzurühren schienen, auch zeigte sich an der rechten Schläfe eine Schußwunde. Nach den bisherigen Ermittelungen ist der Tote der Sekretär eines österreichisch-ungarischen Generalkonsulats in Amerika, namens Alexander Grau-Randmeier. Der Wohnort ist auf der Visitenkarte nicht angegeben. Der Tote hatte eine Quittung vom Passagierdampfer „Kaiser Wilhelm der Große" vom 8. August 1913 bei sich. Die Annahme, daß es sich um einen Raubmord handelt, wird besonders dadurch bestärkt, daß ein Waldwärter vor acht Tagen in der Nähe von Lossow einen ledernen Geldbeutel mit ausländischen Geldstücken im Werte von 130 Mark fand. Neben dem Geldbeutel lagen mehrere zerrissene Papierstücke, deren Zusammenstellung ergab, daß es ein Paß war. Die bisherigen Nachforschungen ergaben unter anderem, daß an einem der letzten Tage drei verdächtige Männer mit einem Koffer in der Nähe des Sees gesehen worden sein sollen. — Nach den letzten Feststellungen handelt es sich nicht um den Sekretär Grau; derselbe ist gesund und munter. Jedenfalls sind ihm seine Papiere gestohlen worden.

Eisenbahnunglück. Aus Senftenberg in der Lausitz meldet ein Telegramm: Sonnabend nachmittag 5 Uhr ereignete sich auf der Strecke Kalau—Lübbenau vor dem Sedlitzer Bahnübergang bei Reppist ein Eisenbahnunglück. Auf einen Güterzug, der auf der Strecke halten mußte, da die Einfahrt nicht freigegeben war, fuhr ein anderer Güterzug auf, der aus derselben Richtung kam und bei dem starken Gefälle nicht mehr zum Halten gebracht werden konnte. Gegen 25 Wagen wurden teils zertrümmert, teils übereinander getürmt, teils die Böschung hinuntergeschleudert. Der Materialschaden ist sehr beträchtlich. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Risiko der Arbeit. Beim Niederlegen einer Scheune in Pawlau wurden durch einen abstürzenden Balken ein 16jähriger Gärtnersohn getötet, ein 15jähriger Handlanger schwer und ein Polier leicht verletzt.

Liebesdrama in Dresden. In Dresden hat sich eine Liebestragödie abgespielt. Ein Droschkenkutscher wurde telephonisch vor ein Haus der Müller-Bersets-Straße gerufen und wartete dort bis ½12 Uhr nachts. Als er einen Schuß hörte, holte er Leute herbei. Man drang in das Haus ein und fand im Hausflur den Prokuristen einer großen Firma mit einer Schußwunde auf dem Boden liegen. In der Wohnung des Prokuristen fand man ein neunzehnjähriges Mädchen, eine aus Prag stammende Friseuse, mit tiefen Schnittwunden an den Handgelenken bewußtlos vor; ein blutbeflecktes Küchenmesser lag neben dem Mädchen. Die polizeilichen Erhebungen ergaben, daß das Mädchen gegen acht Uhr in die Wohnung des Prokuristen gekommen war, wo es zwischen beiden zu erregten Auseinandersetzungen kam. Schließlich schoß das Mädchen auf den Prokuristen und verletzte ihn schwer. Dann flüchtete sie in die Küche. Der Prokurist hatte noch so viel Kraft, die Tür der Küche von außen zuzuschließen und sich auf den Flur zu schleppen, um Hilfe zu holen; dort brach er dann zusammen. Der Prokurist ist bereits gestorben.

Ein Gemeinwesen mit vier Einwohnern. Vielleicht die kleinste Gemeinde in ganz Deutschland ist das „Dorf" Dürr-Ellenbach im Odenwald, hoch oben im Gebirge, versteckt an dem Touristenweg Börfelden-Walsmichelbach gelegen. Bei der letzten Volkszählung hatte der Ort ganze vier Einwohner, und doch hat man es mit einer amtlich selbständigen Gemeinde zu tun. Die bürgermeisteramtlichen Geschäfte versieht der Ortsvorstand des etwa ¾ Stunden entfernt gelegenen Aschbach, während das amtliche Oberhaupt von Dürr-Ellenbach der dortansässige Förster ist. Dieser erhält daher z. B. täglich die amtlichen Blätter, das Kreisblatt und die „Darmstädter Zeitung" zugestellt. Der Ort besaß vor 70 Jahren noch eine eigene Schule, die von elf Kindern besucht wurde. Da gaben aber die dort wohnenden sechs Landwirte ihren Besitz an die Grafen v. Erbach ab, welche alle Gebäude bis auf die heutigen, die der Förster bewohnt, niederlegen ließen und eine ausgedehnte Waldkultur einleiteten, die schon vorher in jenen Teilen des Odenwaldes geblüht hatte. Die ehemaligen Dorfbewohner sind zum Teil nach Amerika ausgewandert.

Ein eigenartiger Automobilunfall ereignete sich auf der Landstraße zwischen Köln und Groß-Königsdorf. Dort fuhr ein Automobil, das aus Aachen kam, gegen eine Pferdekarre und dann gegen ein Haus. Die Vorderwand des Hauses stürzte ein, und das Automobil fuhr in die Wohnräume hinein. Drei Personen, die sich dort aufhielten, wurden lebensgefährlich verletzt. Das Automobil ist vollständig zertrümmert worden.

Einer, der die Kriegsmedaille nicht will. Ein Soldat, dem das Komitee seines Ortes die übliche Kriegsmedaille zugedacht hatte, hat an den Vorsitzenden dieses Komitees, den Bürgermeister von Crespina in der Provinz Pisa (Italien) den folgenden Brief geschickt:

„Sampierdarena, den 23. August 1913.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die Medaille, die Sie mir gesandt haben, kann ich nicht annehmen. Sie stellt die Belohnung dar, die die italienische Bourgeoisie den Soldaten anbietet, die in dem unseligen Lybien gekämpft haben, um das Ausbeutungsgebiet des Kapitalismus immer weiter auszudehnen. Im Widerspruch zu meinen menschlichen Gefühlen und zu meinem Ideal internationaler Brüderlichkeit habe ich die Uniform des Soldaten anziehen müssen und mich in ihr als Hyäne und Henker zeigen, gegen Menschen, die keine andere Schuld hatten als die, einer anderen Nation und Rasse anzugehören, und ich weise jetzt eine Medaille zurück, durch die ein Unternehmen verherrlicht werden soll, das mein sittliches Empfinden verwirft. Bitte nehmen Sie meine aufrichtigen Worte nicht übel; unter keinen Umständen konnte und durfte ich meine Überzeugung verstecken.

Mit aller Hochachtung

Ottorino Donati, vom 6. Ulanenregiment Aosta."

Wir glauben, daß die Kriegsmedaillen recht im Kurse fallen würden, wenn alle mit ihnen Beehrten den Mut fänden, ihrer Überzeugung in so mannhafter Weise Ausdruck zu geben.

Panik an Bord. Eine sehe gefahrvolle und aufregende Fahrt hatte dieser Tage der neue belgische Doppelschraubendampfer „Stad Antwerpen", der den Post- und Passagierdienst zwischen Ostende und Dover versieht, zu bestehen. Der Dampfer war mit ungefähr 400 Reisenden von Dover ausgelaufen und etwa eine Stunde lang auf der Fahrt begriffen, als die Maschine aus unbekannten Gründen plötzlich den Dienst versagte, während der Dampfer sich in bedenklicher Weise nach vorne zu neigen begann, als wollte er untersinken. Der Reisenden bemächtigte sich eine gewaltige Panik, Männer, Frauen und Kinder rannten schreiend durcheinander, die Rettungsboote wurden bereits flottgemacht und Notsignale gegeben, als es dem Steuermann gelang, das Schiff wieder leidlich aufzurichten. Es konnte sich mühsam ein paar Stunden lang nach Ostende schleppen und die von der ausgestandenen Angst und Aufregung erschöpften Reisenden landen. Wie der Schiffskapitän versichert, haben die letzteren ihre Rettung nur dem Umstande zu verdanken, daß das Meer völlig ruhig war, denn bei starkem Seegange hätte man zweifellos eine große Katastrophe zu beklagen gehabt. Die „Stad Antwerpen" wurde sofort in die Schiffswerft von Hoboken bei Antwerpen gebracht, um dort untersucht zu werden. Allgemein ist aber das Erstaunen darüber, daß die belgische Regierung, welche

den Seeverkehr zwischen Ostende und Dover als ihr Monopol betrachtet, derart seeuntüchtige Schiffe in den Dienst einstellt und es unterläßt, mit denselben die notwendigen und zahlreichen Probefahrten ausführen zu lassen.

Großfeuer auf einem Güterbahnhof. Am Freitag abend entzündete sich auf unaufgeklärte Weise auf dem Güterbahnhofe Neudorf-Straßburg ein Waggon mit Schwefel. Infolge des Windes sprang das Feuer sogleich auf das in der Nähe befindliche Mehl- und Getreidelager der Kunstmühle Becker-Ganzau über, das binnen kaum einer Stunde niederbrannte. Der „Straßburger Post" zufolge sind 30 000 Säcke verbrannt. Mehreren Automobilspritzen gelang es, den Brand auf das Mehllager zu beschränken, so daß die umliegenden Gebäude außer Gefahr waren.

Vom Blitz getötet. Das Gewitter im Rheinland hat außer dem Unglück bei Neuerburg zwei weitere Todesfälle durch Blitzschlag zur Folge gehabt. Bei Kernscheid wurde eine sechsundfünfzigjährige Frau auf dem Felde vom Blitz getötet. Bei Karforst traf der Blitz einen Schmiedemeister und einen Ackerer. Der Schmiedemeister wurde getötet, der Ackerer hat nur leichtere Verletzungen erlitten.

Noch einmal die patriotische Massenprügelei in der Volksschule. Zu dem gemeldeten Vorgang in Löbejün wird dem „Volksblatt" in Halle von dort noch mitgeteilt: „Der Rektor Klonz führte seine vorherige Drohung, jedes am Feste teilnehmende Kind streng zu bestrafen, auf eine so gewissenhafte Art aus, wie es wohl fast einzig in der Schulpraxis dasteht. Kurz nach dem Schuleingangsgebet (!) brach das Strafgericht über die bedauernswerten Kinder herein. Es wurden etwa 150 bis 180 Kinder davon betroffen. Die Knaben bekamen eine Anzahl Hiebe auf die Hinterseite und die Mädchen auf beide Handflächen und auf den Rücken aufgebrannt. Infolge der gellenden Schmerzensrufe der Kinder sammelten sich auf dem Schulplatze eine Anzahl Mütter, die den Rektor Klonz wegen seiner ungerechten und unmotivierten Massenprügelei zur Rede stellen wollten, an. Er hatte jedoch dem Schuldiener strenge Anweisung gegeben, niemand zu der täglich angesetzten Sprechstunde einzulassen. Dadurch kam es mittags und abends beim Schulschluß zwischen dem Rektor und den Eltern zu den unliebsamen Vorkommnissen. Es muß aber festgehalten werden, daß der Rektor Klonz zu den Vorgängen erst den Anlaß gegeben hat. Der größte Teil aller Bürger, mit Einschluß der meisten Lehrer, ist mit seinem Vorgehen nicht einverstanden. Sonntags haben nicht der Lehrer oder Rektor, sondern die Eltern über ihre Kinder zu verfügen. Die Mitglieder des Schützenveriens und anderer bürgerlicher Vereine würden sich ebenfalls ganz energisch zur Wehr gesetzt haben, wenn man ihre Kinder, die doch ebenfalls an jedem ihrer Feste teilnehmen, auf diese ungehörige Weise bestrafen wollte. Und was dem einen recht ist, muß doch dem andern billig sein. Es ist doch wirklich ein besonders eigenartiges Vorgehen eines Schulleiters, 150 bis 180 Kinder wegen Sachen, die ihn nicht das geringste angehen, eine bis zwei Stunden zu verprügeln. Das schließt, um zunächst einmal das mildeste anzunehmen, zum mindesten auf große krankhafte Nervosität. Ein solcher Mann müßte unbedingt aus dem Schuldienst entfernt werden. Trotzdem er vorher gebeten wurde, von seinem Vorhaben abzulassen, sagte der Rektor: „Die kriegen ihre Schmisse, und damit basta!"

Die neue französische Spionageaffäre klärt sich als sehr harmlos auf. Der richtige Name des unter dem Verdacht der Spionage und des Verrats verhafteten Artilleriewachtmeisters ist Guieu. Der Artillerist, welcher die Flucht ergriff, heißt Moulot. Nach den neuen Meldungen steht keineswegs fest, daß Guieu und Moulot im Einverständnis mit einander gehandelt haben und daß die Freundin Moulots, die verschwundene Marie, an dem angeblichen Verrat teilgenommen hat. Guieu unterhielt mit einem in Oesterreich wohnenden Herrn, der ein ehemaliger Reserveoffizier sein soll, einen Briefwechsel zur Uebung in der deutschen Sprache. Die angeblich von Guieu verratenen Geheimnisse sind im Handel befindliche wissenschaftliche Instrumente. Man gewinnt den Eindruck, daß Guieu nicht so schuldig ist, wie man im ersten Augenblick dargestellt hat. Moulot, der vor einiger Zeit eine Erbschaft von 25 000 Frcs. machte, scheint desertiert zu sein, um das Geld mit leichtsinnigen Frauenzimmern durchzubringen.

Die Musikkapelle der Irren. Die Spaziergänger, die am Sonntag an der großen Mauer des Irrenhauses von Mombella (in der Provinz Mailand) vorbeigehen, so lesen wir im „Corriere della Sera", haben Grund zum Staunen: statt wütender Schreie und verzweifelten Weinens hören sie Musikstücke. Im Jubiläumsjahr Verdis sind die Stücke fast alle von diesem Meister: der Chor aus „Nebukadnezar", die Phantasie über „Rigoletto". Am Nachmittag hat man Grund zu noch größerem Staunen: aus dem Haupttor marschiert unter lustigen Klängen eine Musikkapelle heraus und schlägt die Richtung nach einem nahen Dorfe ein. Es sind neunzehn Musiker, ein jeder trägt die schwarz und weiß gestreifte Leinenkleidung des Irrenhauses und um den Arm eine Binde in den Nationalfarben mit einer kleine Lyra darauf. Aus den Häusern und an den Wegen kommen die Bauern heraus, Knaben laufen der Kapelle voran und Männer und Frauen folgen ihr. Ist die Bande in dem Dorfe, nach dem sie sich gewendet hat, angekommen, so spielt sie auf freiem Platze auf, während sich Burschen und Mädchen im Tanze dazu drehen. An den meisten Sonntagen freilich bleibt die Kapelle im Irrenhaus selbst und zieht von einer Abteilung zur anderen, von den Epileptischen zu den „Wilden". Mit stürmischer Freude wird sie überall aufgenommen, viele steigen zu den Fenstergittern hinauf und verlangen stürmisch ihre Lieblingsstücke. Ein jeder der Musiker hat feste Gewohnheiten: der eine stellt einen Fuß auf einen Stuhl, ein anderer bleibt in steifer Haltung stehen und richtet sein Horn gegen den Himmel wie ein Versagliere, ein dritter hebt seinen Blick niemals vom Notenblatt empor. Fast alle haben ein ewiges Lächeln auf den Lippen und gleichen in ihrem Aussehen trotz ihres Alters gutmütigen Knaben. Der seltsamste von ihnen ist der „Advokat", der einzige vielleicht, der niemals lacht. In resignierter Haltung läßt er sein ergrautes Haupt auf einer Schulter ruhen, während seine verschleierten Augen furchtsam umherschauen. Er spielt die Klarinette; in einem Jahre hat er trotz seines Alters und der Geisteskrankheit die Theorie der Musik und das Instrument gelernt. Auch verschiedene andere haben das Instrument in einem Jahre gelernt. Infolge der Entlassungen aus dem Irrenhause ist das Personal der Kapelle einem steten Wechsel unterworfen; aber immer wenn einer abgeht, melden sich freiwillige Nachfolger. Außer dem Advokaten sind noch zwei Berufsmusiker da, sonst sind alle Handwerker und Arbeiter. Die beiden Berufsmusiker hatten schon früher ein gemeinsames Leben in den Theatern Italiens geführt; einer von ihnen spielt die Flöte, der andere die Oboe. Der Flötenspieler hat Harmonielehre im Konservatorium von Neapel studiert und ist auch jetzt noch Komponist und Dichter. Vor ein paar Tagen legte er dem Kapellmeister ein „Ave Maria" vor, dessen Text und Musik von ihm stammen. Der andere Musiker hat seine alte Berufstüchtigkeit voll behalten. Er braucht weder nach dem Notenblatt noch nach dem Dirigenten zu sehen. Die Noten kommen genau aus seinem Instrument heraus, während seine Augen fest nach dem Himmel gerichtet sind, wo er seine verstorbene Frau zu sehen glaubt. Ein merkwürdiger Typ ist ein Töpfer, der die große Pauke schlägt. Er verfehlt nie den Takt und schlägt tapfer darauf los. Seine Manie ist es, Beziehungen zu den großen Musikern gehabt haben zu wollen. Er erzählt, er sei ein Sohn der berühmten Malibran und er habe den Tamagno nach dem großen Seebeben von Philadelphia vierzehn Tage lang gratis vertreten. Auf seinem Instrument steht geschrieben: „Geschenk einer Dame, die unbekannt bleiben will." Jetzt bereitet sich die Kapelle zu einem großen Jubiläumskonzert für Verdi vor. Im Uebungszimmer ist das Bild des Meisters bekränzt worden und das Repertoire der Kapelle, das schon fünfzig Stücke umfaßt, wird durch viele Verdische Schöpfungen bereichert.

Arbeiter, Parteigenossen!
Erwerbt
das lübeckische Bürgerrecht!

Ein weiblicher Amtsvormund. Der Stadtrat von Zürich hat dieser Tage zum erstenmal einer Frau das wichtige Amt eines Amtsvormunds übertragen. Er berief unsere Genossin Frau Dr. jur. Olga Lenz als vierten Amtsvormund in die städtische Vormundschaftsbehörde. Genossin Lenz hat ihre Rechtsstudien an der Hochschule mit Erfolg beendigt und ist seit Jahresfrist in der Züricher Amtsvormundschaft als Aushilfssekretärin tätig. Es wird ihr auf dem Gebiet des Vormundschaftswesens großes Geschick nachgerühmt. Sie ist nun zu gleichen Bedingungen als Amtsvormund angestellt worden, die für ihre männlichen Kollegen gelten. Da das neue schweizerische Zivilgesetz gestattet, Schweizer Bürgerinnen das Amt eines Berufs- oder Amtsvormunds zu übertragen, so ist zu erwarten, daß das Beispiel, das der Züricher Stadtrat mit der Berufung einer Frau zum Amtsvormund als erster gegeben hat, auch rasch in anderen Schweizer Städten Schule machen wird. Als Sekretärinnen und Inspektorinnen ist bereits eine Reihe von Frauen in den schweizerischen Vormundschaftsbehörden tätig. — Wann werden wir in Deutschland so weit sein?

Soldatendemonstrationen in Norwegen. Daß die norwegischen Soldaten sich nicht in jede Laune ihrer Vorgesetzten fügen, bewiesen schon die Vorgänge im vorigen Herbst, wo ganze Bataillone den Dienst verweigerten, weil die Offiziere allzu große Anstrengungen an sie stellten. Auch bei den diesjährigen Übungen hat das Regiment „Telemarken" nach einer anstrengenden Tagesübung den Antritt zu einer Nachtübung verweigert und diese ist dann von dem Oberst des Regiments auf später verschoben worden. Die Offiziere, die die Mannschaften an ihre Pflicht ermahnen wollten, wurden ausgelacht und verhöhnt. Es herrscht unter den Offizieren eine große Nervosität und es ist der Befehl ergangen, daß während der Übungen und Manöver die Bajonette nicht aufgepflanzt und die Magazine der Gewehre nicht mit Patronen gefüllt werden dürften. In einer Ansprache des Obersten an die Soldaten bezweifelte dieser, ob es unter solchen Umständen ratsam sei, Nachtmanöver abzuhalten. Aber trotz der jährlich außerordentlich deutlich auftretenden Antipathie gegen den Militarismus seitens der eingezogenen Soldaten fährt man auch in Norwegen fort, immer größere Aufwendungen für den Militarismus zu machen. Diese Beispiele sollten der Regierung doch endlich beweisen, daß auch jeder Oere, der zu diesem Zwecke ausgegeben wird, nutzlos ist, denn die Mehrheit des Volkes und vor allem diejenigen, die die Strapazen der militärischen Übungen auf sich nehmen sollen, wollen absolut nichts wissen vom Militarismus, weder zu Wasser noch zu Lande.

Geschoßexplosion auf dem Uebungsplatz Grafenwöhr. Auf dem bayerischen Truppenübungsplatz Grafenwöhr in der Oberpfalz stieß ein Mann einer Patrouille gegen einen sogenanten Blindgänger. Dieser explodierte und verletzte zwei Mann der Patrouille, die Einjährigen Lichtenstern aus Sachsen und Kenner aus Fürth, leicht an Händen und Füßen.

Eine Menschenleiche im Koffer. In Dünaburg ist man einem schweren Verbrechen auf die Spur gekommen. Dort fiel einigen Magazinarbeitern des Staatsbahnhofs ein großer, eleganter Lederkoffer auf, aus dem ein starker Verwesungsgeruch strömte. Sie benachrichtigten die Verwaltung der Bahn, die sich mit der Polizei in Verbindung setzte. Eine gerichtliche Kommission nahm die Oeffnung des Koffers vor. Man fand in diesem die Leiche eines schönen jungen Mädchens, die in hockender Stellung in den Koffer eingezwängt worden war. An der Stirn wies die Leiche mehrere Wunden auf, von denen jede tödlich wirken mußte. Der Koffer war in Wilna an eine fingierte Adresse aufgegeben worden. Bisher hat man keinerlei Anhaltspunkte über die Herkunft des Koffers und die Persönlichkeit der Toten.

Japan wird Kulturstaat. In Japan hat das Gerücht großes Aufsehen erregt, daß der Minister des Hofes, Graf Watanabe Chiaki, durch große Unterschlagungen sich ein enormes Vermögen errungen haben soll. Die japanische Presse verlangt in scharfem Tone eine genaue Untersuchung der Affäre.

Literarisches.

Die rechte Hand der Hausfrau. Auf einem Gebiete haben unsere Frauen keine rechte Hilfe: das ist in der Auswahl der geistigen Nahrung für die Familie. Für die leibliche Versorgung stehen ihr Erfahrungen ganzer Generationen zur Verfügung; in der Auswahl des geistigen Lese- und Bildungsstoffes fehlt es an Schulung, an Zeit, an Hilfsmitteln und — oft an der Erkenntnis von der Wichtigkeit auch dieser Pflicht. Selbst dem Hausherrn fällt es schwer, das geistige Leben der Zeit so zu verfolgen, daß er immer sicher wüßte, was davon seiner Familie zum Segen gereichen würde. Wie aber, wenn er von seinem Berufe so in Anspruch genommen ist, daß er sich diesen Dingen nicht widmen kann? Da ist „Die Lese", Wochenschrift für das deutsche Volk, der rechte Helfer, die es geradezu als ihre Aufgabe betrachtet, für Haus und Familie eine literarische Schichtungsarbeit vorzunehmen, auf Altes, Erprobtes neu hinzuweisen, von dem Neuen eine Auslese des Guten und Besten zu bieten. Jedes Heft der „Lese", die nebenbei bemerkt, so billig ist, daß die ärmste Familie sie halten kann, bringt eine Fülle von Lesestoff, dazu Ratschläge zum Vorlesen am Familientisch, zur Ergänzung der Hausbibliothek, über billige Bücher usw. Die neuesten Nummern enthalten u. a. Nr. 33: eine reizende Kinderstudie „Klein Rega" von E. G. Kolbenheyer, eine Erzählung vom Bodensee von Leopold Miller, Beiträge von Hebbel und Jean Paul und über Haydn, etwas über Bodenreform, etwas über Frauen im Dienste des Volkswohls, etwas über Exlibris; Nr. 34: Beiträge von einer einfachen Dichterin aus dem Volke, Briefe der Frau Rat Goethe, ein neues Volkslied mit Noten, eine herrliche Nordlandsgeschichte von Pelle Mollin, eine köstliche Satire eines afrikanischen Forschungsreisenden in das innerste Deutschland, etwas über Höhlenkunst der Eiszeitmenschen, wie Volkslieder entstehen usw. Der ganze Jahrgang der „Lese" mit noch zwei Büchern als Zugabe kostet nur 6 Mk. also jedes Heft nicht einmal 10 Pfg. Probenummern durch die Geschäftsstelle in Stuttgart, Ludwigstraße 26.

Volksfürsorge.

Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Aktien-Gesellschaft.

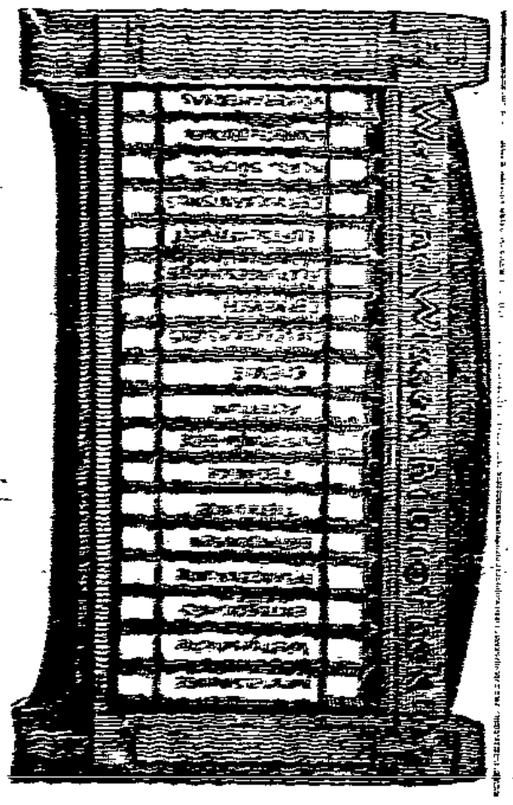
Bureau: Johannisstr. 48, pt.

Geöffnet: Wochentags abends von 7½—9 Uhr.

Nähere Auskunft über die Volksfürsorge wird im Bureau erteilt. Ferner werden Anträge zur Aufnahme in dieselbe im Bureau und von den Hilfskassierern der Gewerkschaften entgegengenommen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Höchstwichtige Mitteilung für alle Leser des „Lübecker Volksboten".



Unseren Lesern teilen wir hierdurch ergebenst mit, daß wir von jetzt ab eine reich illustrierte Wochenschrift unter dem Titel „Welt und Wissen" herausgeben und hierdurch ein Blatt geschaffen haben, welches sowohl den ernsten Gelehrten wie auch den Mann aus dem Volke voll befriedigen wird. Die Ausstattung ist eine erstklassige. Zahlreiche gewählte Abbildungen werden das geschriebene Wort ergänzen. Die Namen der Mitarbeiter — nur allererste Fachleute — sind jedem gebildeten Deutschen bekannt.

Um nun zu ermöglichen, daß alle unsere Abonnenten darauf abonnieren können, haben wir die kleine Entschädigung, die wir notwendig haben müssen, äußerst niedrig gestellt, und zwar auf nur 15 Pfg. für ein 24 Seiten starkes Heft.

Jedes Heft enthält 10—20 Artikel, von denen wir als Beispiel einige anführen:

Der Mensch in der Pfahlbauzeit. — Wenn die Erde erzittert. — Gesundheit und Schönheit. — Der Wille und dessen Gymnastik. — Das Leben unter Wasser. — Fernphotographie. — Liebe und Ehe bei den Naturvölkern. — Der Mensch und die Geisterwelt. — Flüssige Luft. — Einfluß der Lebensweise auf das Menschenalter. — Verschwundene Städte in der Sahara. — Die Zukunft der Elektrizität im Haushalt. — Mein Aquarium. — Unser Sonnensystem. — Das heutige Erbrecht usw. usw.

Um unser Ziel zu erreichen, daß „Welt und Wissen" von jedem Gebildeten abonniert wird, liefern wir an Abonnenten von „Welt und Wissen" eine große illustrierte

Hand- und Hausbibliothek vollständig gratis,

und zwar sind folgende Werke in Aussicht genommen, von denen zu jedem Jahrgang resp. 52 Heftlieferungen 3 kompl. Werke geliefert werden:

Illustrierte Geschichte des Deutschen Volkes.
Illustrierte Weltgeschichte.
Die Entstehung der Erde.
Illustrierte Himmelskunde.
Illustrierte Kulturgeschichte des Deutschen Volkes.
Denkwürdige Entdeckungsreisen.
Denkwürdige Erfindungen.
Illustrierte Tierkunde.
Illustrierte Pflanzenkunde.
Illustriertes Buch der Technik.
Entdeckungsreisen nach dem Nord- und Südpol.
Entdeckungsreisen im schwarzen Erdteil.
Illustriertes Buch der Chemie.
Der Vulkanismus.
Die Luftschiffahrt und der Aeroplan.
Der Bau des menschlichen Körpers.
Die Völker Asiens.
Die Völker Afrikas.
Die Völker Amerikas.
Illustrierte Geschichte des Altertums.

Bestellschein für die Abonnenten des „Lübecker Volksboten".

Herren
Fr. Meyer & Co.
Lübeck.

Unterzeichneter abonniert hierdurch auf

„Welt und Wissen".
52 Hefte à 15 Pfg.

Name: _____

Ort: _____

Straße: _____